

N i e d e r s c h r i f t

**der 29. öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des Stadtrates am
31.01.2007**

öffentlich

Ort: Stadthaus, Festsaal
Markplatz 2
06100 Halle (Saale)

Zeit: 14:00 Uhr bis 16:39 Uhr

Anwesenheit: siehe Teilnehmerverzeichnis

Anwesend sind:

Frau Oberbürgermeisterin Ingrid Häußler		
Herr Harald Bartl	CDU	
Herr Martin Bauersfeld	CDU	
Frau Dr. Annegret Bergner	CDU	
Herr Bernhard Bönisch	CDU	
Herr Milad El-Khalil	CDU	
Herr Joachim Geuther	CDU	
Herr Thomas Godenrath	CDU	
Herr Oliver Christoph Klaus	CDU	
Herr Wolfgang Kupke	CDU	anwesend ab 16:45 Uhr
Herr Werner Misch	CDU	
Herr Frank Sänger	CDU	
Herrn Gernot Töpfer	CDU	
Frau Isa Weiß	CDU	
Herr Dr. Erwin Bartsch	Die Linkspartei. PDS	
Frau Ute Haupt	Die Linkspartei. PDS	
Herr Uwe Heft	Die Linkspartei. PDS	
Herr Dr. Uwe-Volkmar Köck	Die Linkspartei. PDS	anwesend ab 14:30 Uhr
Herr Hendrik Lange	Die Linkspartei. PDS	
Herr Dr. Bodo Meerheim	Die Linkspartei. PDS	
Frau Elisabeth Nagel	Die Linkspartei. PDS	anwesend ab 14:10 Uhr
Herr Erhard Preuk	Die Linkspartei. PDS	
Herr Hans-Jürgen Schiller	Die Linkspartei. PDS	
Frau Frigga Schlüter-Gerboth	Die Linkspartei. PDS	
Herr Rudenz Schramm	Die Linkspartei. PDS	
Frau Heidrun Tannenberg	Die Linkspartei. PDS	
Herr Dr. Mohamed Yousif	Die Linkspartei. PDS	
Herr Dr. Justus Brockmann	SPD	
Frau Gertrud Ewert	SPD	
Herr Dr. Rüdiger Fikentscher	SPD	
Frau Hanna Haupt	SPD	
Herr Johannes Krause	SPD	
Herr Michael Zeidler	SPD	
Herr Dr. Wilfried Fuchs	FDP	
Herr Heinz Maluch	GRAUE	
Frau Brigitte Thieme	GRAUE	
Herr Dr. Hans-Dieter Wöllenweber	FDP	
Herr Prof. Dr. Dieter Schuh	UNABHÄNGIGE	
Frau Sabine Wolff	NEUES FORUM	
Herr Prof. Ludwig Ehrler	MitBürger	
Frau Thea Ilse	WIR. FÜR HALLE.	anwesend ab 14:55 Uhr bis 17:30 Uhr
Frau Elke Schwabe	WIR. FÜR HALLE.	anwesend ab 14:15 Uhr
Frau Dr. Regine Stark	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	

Frau Prof. Dorothea Vent	MitBürger	
Herr Dietmar Wehrich	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	
Herr Mathias Weiland	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	
Frau Andrea Machleid	NPD	
Herr Eberhard Doege	BG	
Herr Egbert Geier	BG	
Herr Dr. Hans-Jochen Marquardt	BG	
Herr Dr. Thomas Pohlack	BG	
Frau Dagmar Szabados	Bgm	anwesend ab 16:45 Uhr

Entschuldigt fehlen:

Herr Dr. Holger Heinrich	CDU
Frau Dr. Petra Sitte	Die Linkspartei. PDS
Herr Dr. Frank Eigenfeld	SPD
Herr Thomas Felke	SPD
Herr Gottfried Koehn	SPD
Herr Dr. Andreas Schmidt	SPD
Herr Andreas Hajek	FDP
Herr Manfred Schuster	WG-VS 90 e. V. Halle
Herrn Dirk Neubauer	WIR.FÜR HALLE.

zu **Einwohnerfragestunde**

Die Einwohnerfragestunde wurde eröffnet und geleitet vom Vorsitzenden des Stadtrates, Herrn **Harald Bartl**.

Er informierte über eine Neuerung, dass Fragezettel, auf denen fragende Einwohner Anschriften und Fragen vermerken können, ausgelegt wurden. Diese dienen der Erleichterung der Protokollführung.

Herr Uwe Stierand erläuterte, dass in vielen Städten so genannte Umweltzonen zur Herabsetzung der Feinstaubbelastung festgeschrieben, geplant bzw. in Diskussion sind. Dabei bezog er sich auf das Quasiverbot für Veranstaltungen für Young- und Oldtimer und fragte:

- Welche Maßnahmen sind seitens der Stadt Halle geplant, und wenn, welche, die das künftige Durchfahren und Besuchen der Stadt mit Young- und Oldtimern untersagen oder einschränken werden?
- Welche hallesche oder sonstige Vereinigung werden zur Wahrung der Interessen der Fahrzeughalter in die Diskussion und Planung mit einbezogen?

Er bat um eine schriftliche Antwort.

Herr Doege, Beigeordneter für Ordnung, Sicherheit, Umwelt und Sport antwortete, dass er die Fragen gleich beantworten könne. In der neuen Kennzeichnungsverordnung, die ab 1. März dieses Jahres in Kraft tritt, ist im Sinne der Umsetzung von EU-Richtlinien festgeschrieben worden, dass in den Städten die Möglichkeit bestehe, dann, wenn es die Luftreinhalte- und Aktionspläne vorschreiben, bestimmte Umweltzonen einzurichten. Dieser Sachverhalt ist für die Stadt Halle nicht gegeben. Der für die Stadt Halle geltende Luftreinhalte- und Aktionsplan sieht bestimmte Maßnahmen unterschiedlicher Art vor. Allerdings nicht die Einrichtung von Umweltzonen in den besonders belasteten Bereichen, weil nach übereinstimmender Auffassung sowohl der Landesumweltbehörden, als auch der Stadt eine Verlagerung des Verkehrs in andere städtische Bereiche erfolgen würde und dann dort letztendlich Probleme indizieren würde. Insoweit werde auf längerfristige Maßnahmen, insbesondere im Hinblick auf die Verkehrsinfrastruktur im Umfeld der Stadt Halle verwiesen, dass dann auch nachhaltige Verbesserungen eintreten.

Die Einrichtungen von Umweltzonen sind aufgrund der derzeitigen Rechtslage nicht geplant. Die Kennzeichnungsverordnung, die auch entsprechende Plaketten zum Inhalt haben wird, wird so vorbereitet, dass Bürgerinnen und Bürger der Stadt die Möglichkeit haben werden, die Plaketten zu erwerben. Zwar nicht für die Zwecke der Stadt Halle, sondern, wenn in Städte gefahren wird, auch ins Ausland, in denen bereits solche Umweltzonen eingerichtet sind. Dann haben diese Bürger bereits solche eine Plakette. Da noch Anpassungs- und Verwaltungsregelungen des Bundes und des Landes fehlen, können diese Plaketten noch nicht angeboten werden. In den Medien werde entsprechend informiert werden, wenn diese angeboten und erworben werden können. Weiterhin sagte er, dass bestimmte Fahrzeuge und Fahrzeugnutzungen generell von der Kennzeichnungsverordnung ausgenommen sind, wie z. B. Fahrzeuge der Polizei, des Rettungsdienstes, des Bundeswehr, der Feuerwehr etc. Herr Doege sagte, dass die Beantwortung im Internet nachzulesen sei.

Frau Reimute Harmatha fragte, wann die Ruine der ehemaligen 9. POS „Richard-Horn-Schule“ abgerissen werde.

Frau Oberbürgermeisterin Häußler sagte eine schriftliche Beantwortung zu.

Weitere Wortmeldungen gab es nicht.

Herr Bartl beendete die Einwohnerfragestunde.

zu 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit

Herr Bartl informierte, dass Herr Joachim Knauerhase, WIR. FÜR HALLE., zum 30.11.2006 sein Mandat als Stadtrat niedergelegt hat. Dies habe er begründet.

Herr Bartl bedankte sich bei Herrn Knauerhase und wünschte ihm im persönlichen sowie im Arbeitsleben viel Erfolg und Schaffenskraft. Frau Oberbürgermeisterin Häußler übergab Herrn Knauerhase einen Blumenstrauß.

Die 29. öffentliche Tagung des Stadtrates wurde eröffnet und geleitet vom **Vorsitzenden des Stadtrates, Herrn Harald B a r t l**.

Er stellte die ordnungsgemäße Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest. Gegenwärtig seien 40 Mitglieder des Stadtrates (70,18 %) anwesend.

zu 2 Feststellung der Tagesordnung

Herr Bartl, Vorsitzender des Stadtrates, informierte, dass die Verwaltung den Änderungsantrag des Bildungsausschusses in die Vorlage

TOP 5.4 Fortschreibung und Präzisierung des Beschlusses zur mittelfristigen Schulentwicklungsplanung (MitSEPL-VO) in der Stadt Halle (Saale) für die Schuljahre 2004/05 bis 2008/09 – für das Schuljahr 2007/08
Vorlage: IV/2006/05977

eingearbeitet habe. Der

TOP 5.4.1 Änderungsantrag des Bildungsausschusses zur Fortschreibung und Präzisierung des Mittelfristigen Schulentwicklungsplanes der Stadt Halle (Saale) für die Schuljahre 2004/05 bis 2008/09 - für das Schuljahr 2007/08

Vorlage: IV/2006/06215

t. sei daher **erledigt**

Es liegen Austauschblätter zur Anlage 2a und 2b vor für den

TOP 5.5 Jugendhilfeplanung gemäß § 80 SGB VIII – Teilplanung Bedarfs- und

Schulentwicklungsplanung (MitSEPL-VO) in der Stadt Halle (Saale) für die Schuljahre 2004/05 bis 2008/09 - für das Schuljahr 2007/08
Vorlage: IV/2006/05977

- 5.4.1 *Änderungsantrag des Bildungsausschusses zur Fortschreibung und Präzisierung des Mittelfristigen Schulentwicklungsplanes der Stadt Halle (Saale) für die Schuljahre 2004/05 bis 2008/09 - für das Schuljahr 2007/08*
Vorlage: IV/2006/06215

**erledigt, da von Verwaltung
übernommen**

- 5.6. **Namensgebung einer schulischen Einrichtung**
Vorlage: IV/2006/06137

- 5.7. **Jahresabschluss für das Wirtschaftsjahr 2004/2005 Thalia Theater/Kinder- und Jugendtheater**
Vorlage: IV/2006/06071

- 5.9. **Änderung des Flächennutzungsplanes der Stadt Halle (Saale), lfd. Nr. 19 "Gewerbliche Baufläche in Halle-Trotha, Magdeburger Chaussee"**
- Aufstellungsbeschluss
Vorlage: IV/2006/06078

- 5.10. **Bebauungsplan Nr. 98 Halle-Trotha, Gewerbegebiet Magdeburger Chaussee**
- Aufstellungsbeschluss
Vorlage: IV/2006/06079

- 5.3. **Widerspruch gegen den Beschluss des Stadtrates zur Entlastung der Frau Oberbürgermeisterin für das Haushaltsjahr 2004 (Vorlage-Nr.: IV/2006/05884)**
Vorlage: IV/2007/06218

- 5.5. **Jugendhilfeplanung gemäß § 80 SGB VIII - Teilplanung Bedarfs- und Entwicklungsplanung Kindertagesbetreuung für den Zeitraum 01.01.2007 bis 31.12.2007**
Vorlage: IV/2006/06131

- 5.8. **Wirtschaftsplan Eigenbetrieb Kindertagesstätten 2007**
Vorlage: IV/2006/06176

6. **Wiedervorlage**

- 6.1. **Antrag der Stadtratsfraktionen von CDU, SPD, FDP + GRAUE + WG VS 90, NEUES FORUM + UNABHÄNGIGE zum kombinierten Fuß- und Radweg an der Roßbachstraße**
Vorlage: IV/2006/06009

7. **Anträge von Fraktionen und Stadträten**

- 7.1. **Antrag der Fraktion WIR. FÜR HALLE. - BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - MitBürger zur Umbesetzung von Ausschüssen**
Vorlage: IV/2007/06225

- 7.2. **Antrag der Fraktion WIR. FÜR HALLE. - BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - MitBürger zur Berufung eines sachkundigen Einwohners in den Ausschuss für Wirtschaftsförderung und Beschäftigung**
Vorlage: IV/2007/06227
- 7.3. **Antrag der Fraktion Die Linkspartei. PDS im Stadtrat Halle (Saale) - zur Berufung eines sachkundigen Einwohners in den Ausschuss für Ordnung und Umweltangelegenheiten**
Vorlage: IV/2007/06239
- 7.4. **Antrag der SPD-Stadtratsfraktion zur Umbesetzung des Verwaltungsrates der BMA BeteiligungsManagementAnstalt Halle (Saale)**
Vorlage: IV/2007/06235
- 7.5. **Antrag der CDU-Stadtratsfraktion betreffs Aufhebung des Beschlusses 07/91 vom 26. September 1990**
Vorlage: IV/2006/06206
- 7.6. **Antrag der Linkspartei. PDS-Fraktion im Stadtrat Halle (Saale) - zur Erarbeitung eines Berichtes über die Lage der Menschen mit Behinderungen in der Stadt Halle (Saale), verbunden mit einem Tätigkeitsbericht des Behindertenbeauftragten der Stadt Halle (Saale)**
Vorlage: IV/2007/06232
- 7.7. **Antrag der Fraktion WIR. FÜR HALLE. - BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - MitBürger zur Mitgestaltung des Haushaltes 2007 durch die Bürger der Stadt Halle (Saale)**
Vorlage: IV/2007/06238
- 7.7.1 **Änderungsantrag der SPD-Stadtratsfraktion zum Antrag der Fraktion WIR. FÜR HALLE. - BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - MitBürger zur Mitgestaltung des Haushaltes 2007 durch die Bürger der Stadt Halle (Saale)**
Vorlage: IV/2007/06260
8. **Anfragen von Stadträten**
- 8.1. **Anfrage der Stadträtin Andrea Machleid - NPD - zu Asylbewerbern**
Vorlage: IV/2006/06041
- 8.2. **Anfrage der Stadträtin Andrea Machleid - NPD - zu nicht erstattungsfähigen Kosten bei geduldeten Ausländern**
Vorlage: IV/2006/06042
- 8.3. **Anfrage des Stadtrates Mathias Weiland - BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - zu den geplanten Nachpflanzungen für gefälltete Bäume in der Heideallee**
Vorlage: IV/2006/06187
- 8.4. **Anfrage der Stadträtin Elke Schwabe - WIR. FÜR HALLE. - zur geplanten Tourist- und Servicestation in der Fährstraße 1**
Vorlage: IV/2007/06228
- 8.5. **Anfrage der Stadträte Wolff/Schuh - Fraktion NEUES FORUM + UNABHÄNGIGE - zum Umsetzungsstand "Umbau des S-Bahnhofs Halle-Neustadt" aus dem Planspiel Kommunalpolitik**
Vorlage: IV/2007/06233

- 8.6. **Anfrage der CDU-Fraktion betreffend den Entwurf des Nahverkehrsplanes der Stadt Halle (Saale)**
Vorlage: IV/2007/06226
- 8.7. **Anfrage der CDU-Fraktion zum Problem der Firma Rubicon**
Vorlage: IV/2007/06234
- 8.8. **Anfrage der CDU-Fraktion zur Stadt-Umland-Problematik**
Vorlage: IV/2007/06237
- 8.9. **Anfrage der CDU-Stadtratsfraktion bezüglich der Ausgaben im Haushalt 2006 durch kommunale Leistungsverpflichtung nach dem SGB II**
Vorlage: IV/2007/06229
- 8.10. **Anfrage des Stadtrates Wolfgang Kupke - CDU - betreffend die Mitglieder von Fördervereinen**
Vorlage: IV/2007/06230
- 8.11. **Anfrage des Stadtrates Wolfgang Kupke - CDU - zu Baumfällungen**
Vorlage: IV/2007/06231
9. **mündliche Anfragen von Stadträten**
10. **Mitteilungen**
- 10.1. **Informationsvorlage zum Gestaltungsbeschluss IV/2006/05585 mit Änderungsantrag Vorlagen-Nr.: IV/2006/05784**
Schnittstelle Riebeckplatz/Hauptbahnhof
Umgestaltung des Teilbereiches Ernst-Kamieth-Platz / Busbahnhof
Beauftragung der Planungsleistungen in zwei Leistungspaketen nach getrennten Leistungsbildern der HOAI
Vorlage: IV/2006/06164
- 10.2. **Information des Projektsteuerers IPM an den Stadtrat der Stadt Halle (Saale) "36. Quartalsbericht Straßenbahnneubaustrecke Halle-Neustadt bis Riebeckplatz/Hauptbahnhof**
Vorlage: IV/2006/06185
11. **Anträge auf Akteneinsicht**

zu 3 Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 22.11.2006 sowie der Sitzung vom 13.12.2006

Die Niederschriften der öffentlichen Sitzungen des Stadtrates vom 22.11.2006 und 13.12.2006 wurden in der vorliegenden Fassung genehmigt.

Abstimmungsergebnis zur öffentlichen Niederschrift vom 22.11.2006:

mehrheitlich z u g e s t i m m t

Abstimmungsergebnis zur öffentlichen Niederschrift vom 13.12.2006:

mehrheitlich z u g e s t i m m t

zu 4 Bekanntgabe der in nicht öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse

Es gab in der nicht öffentlichen Sitzung am 13.12.2006 keine gefassten Beschlüsse.

Herr Misch, Fraktion der CDU, erklärte, er widerspreche Tonaufnahmen durch anwesende Medien.

Der Vorsitzende des Stadtrates bat die anwesenden Medien, dies zu beachten.

zu 5 Vorlagen

zu 5.1 Niederlegung eines Mandates und Nachrücken des
nächstfestgestellten Bewerbers
Vorlage: IV/2006/06212

Wortmeldungen gab es nicht.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich z u g e s t i m m t

Beschluss:

Der Stadtrat stellt fest, dass Herr Joachim Knauerhase, Am Bergmannstrost 25, 06112 Halle (Saale), gemäß § 41 (1) GO LSA sein Mandat mit Wirkung vom 30.11.2006 niederlegt.

Für ihn rückt Herr Dirk Neubauer, II. Vereinsstraße 4, 06110 Halle (Saale), nach.

zu 5.2 Entscheidung über die Gültigkeit der Wahl zum/zur
Oberbürgermeister/in
Vorlage: IV/2007/06219

Wortmeldungen gab es nicht.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich z u g e s t i m m t

Beschluss:

Der Stadtrat der Stadt Halle (Saale) trifft gemäß § 52 Abs. 1 Nr. 1 KWG LSA folgende Wahlprüfungsentscheidung:

Einwendungen gegen die Wahl liegen nicht vor.

Die Wahl zum/zur Oberbürgermeister/in am 26. November 2006 ist gültig.

**zu 5.4 Fortschreibung und Präzisierung des Beschlusses zur mittelfristigen Schulentwicklungsplanung (MitSEPL-VO) in der Stadt Halle (Saale) für die Schuljahre 2004/05 bis 2008/09 - für das Schuljahr 2007/08
Vorlage: IV/2006/05977**

Herr Bartl, Vorsitzender des Stadtrates, verwies noch einmal auf den Änderungsantrag des Bildungsausschusses, den die Verwaltung übernommen habe, so dass in Gänze diskutiert und abgestimmt werden könne.

Herr Dr. Marquardt, Beigeordneter für Kultur und Bildung begründete die Einbringung der Vorlage. So wurde durch den Fachbereich Schule Sport und Bäder im Herbst vergangenen Jahres der Beschlussentwurf zu Fortschreibung der Mittelfristigen Schulentwicklungsplanung der Stadt Halle (Saale) für das Schuljahr 2007/08 in die Gremien der Verwaltung und des Stadtrates zur Diskussion und Vorbereitung der Beschlussfassung eingebracht.

Während der Diskussionsphase zum Beschlussentwurf erfolgte am 22.11.2006 im Stadtrat der Beschluss zum PPP-Projekt Schulen.

Im Rahmen der Umsetzung des PPP-Projektes sei es erforderlich, zur Schaffung von Baufreiheit für die Sanierung, die betroffenen Schulen befristet in Ausweichobjekte umzusetzen. Die dafür zur Verfügung stehenden Objekte seien zum einen leer stehende Teilobjekte bzw. durch beabsichtigte Fusion frei werdende Schulobjekte.

In einer Klausurtagung des Geschäftsbereiches IV und des Fachbereiches Schule Sport und Bäder am 09.12.2006 wurde mit Mitgliedern des Bildungsausschusses der vorliegende Beschlussentwurf zur Fortschreibung der Mittelfristigen Schulentwicklungsplanung für das Schuljahr 2007/08 insbesondere unter dem Hauptschwerpunkt der Verträglichkeit der vorgeschlagenen Maßnahmen in Verbindung mit der Umsetzung der PPP-Maßnahmen ab Sommer 2007 diskutiert. Durch die Verwaltung wurde dabei aufgezeigt, dass eine Reihe von Schulobjekten, welche im Zuge der Fortschreibung für das Schuljahr 2007/08 durch Fusion frei gelenkt werden sollen, für eine Nachnutzung als Ausweichstandort vorgesehen werden müssen.

Neben den im Rahmen der Schulentwicklungsplanung anstehenden Umzügen seien zusätzlich Umzüge von Schulen in Ausweichquartiere zu organisieren.

In der Diskussion wurden durch alle Beteiligten Möglichkeiten herausgestellt, wie durch zeitliche Verschiebung von Maßnahmen der Schulentwicklungsplanung die Umzüge so gering wie möglich gehalten werden können und die Unterrichtsbedingungen für die in Ausweichquartiere wechselnden Schulen auf hohem Niveau gesichert werden können. Die aufgezeigten Alternativen wurden durch den Bildungsausschuss aufgegriffen und mündeten in einen Änderungsantrag zur Fortschreibung der Schulentwicklungsplanung für das Schuljahr 2007/08.

Für die Mehrzahl der durch die Fortschreibung beeinträchtigten Schulobjekte ergibt sich auch durch den Änderungsantrag kein veränderter Schließungstermin. Nur für die Objekte der Grundschule Auenschule und der Sportsekundarschule sah der Verwaltungsvorschlag eine frühere Objektschließung vor, als wie im Änderungsantrag ausgewiesen. Da in beiden Fällen Sanierungsmaßnahmen anderer Schulobjekte Auswirkungen auf die Unterrichtsbedingungen dieser Schulen haben, kann die Verwaltung auch in diesen Fällen einer befristeten Verschiebung bis nach Beendigung der Sanierungsmaßnahmen zustimmen.

Die Verwaltung stimme dem Änderungsantrag des Bildungsausschusses zu und lege heute den geänderten Beschlusssentwurf zur Abstimmung vor.

Herr Dr. Marquardt ging noch einmal auf die beiden Schulobjekte Grundschule Auenschule und Sportsekundarschule ein. Seit Jahren werde eine Entscheidung zum Schulobjekt der Grundschule Auenschule verschoben. Die Überdimensionierung und der schlechte Bauzustand seien hinreichend bekannt. Aus diesem Grund habe die Verwaltung auch in diesem Jahr wiederum die Fusion mit der Grundschule Am Rosengarten und der Grundschule Ulrich von Hutten vorgeschlagen.

Die Grundschule Ulrich von Hutten ist eine der im PPP-Programm zu sanierenden Schulen. Die Umsetzung der Fusion zum Schuljahr 2007 würde in Verbindung mit der Sanierung bedeuten, dass die fusionierte Schule im Sanierungszeitraum 2008-2009 in ein Ausweichobjekt umziehen muss. Die vorgeschlagene Veränderung, Aussetzung der Fusionsabsicht bis 2009, bedingt, dass ein befristeter Umzug vorerst nur für die Schüler der Grundschule Hutten ansteht. Auch wenn die Verwaltung im Interesse der Schüler der Grundschulen Am Rosengarten und Auenschule, denen damit ein Umzug erspart bleibt, dieser Veränderung zustimmt, so bat er doch eindringlich, die Zeit zu nutzen um für 2009 langfristig einen Beschluss für ein tragfähiges Standortkonzept in diesem Stadtgebiet zu erarbeiten. Eine weitere Verschiebung von Entscheidungen zu diesen Standorten über das Jahr 2009 hinaus wäre nicht mehr zu vertreten.

Bezüglich der Fusion der Sekundarschule Fliederweg mit der Sportsekundarschule merkte er an, dass auch hier im Interesse der Schüler und der Organisation des sportbezogenen Unterrichtes einer Verschiebung der Fusion bis zur Beendigung der Sanierungen des Schulobjektes des Sportgymnasiums zugestimmt wurde.

Die Rechtslage im Land Sachsen-Anhalt und die, auch von der Stadt Halle (Saale) unterzeichnete Vereinbarung zur Entwicklung der Sportschulen gehe von Klassen- und Schülerzahlen aus, die eine eigenständige Führung dieser Schulen gewährleisten.

Zur Stabilisierung der Schülerzahlen wurde deshalb zwischen allen Beteiligten vereinbart, neben den leistungssportbezogenen Schüleranteil weitere sportgeneigte Schüler über eine Aufnahmeprüfung zuzuführen.

Sollte dies jedoch nicht zu einer erlassgerechten Schulgröße führen, ist die Fusion mit einer allgemeinen Schule herbeizuführen. Der inhaltliche Schwerpunkt „Sport“ beziehe sich dann nur noch auf einen Teil dieser fusionierten Schule.

Die Verwaltung habe sich bereits vor Jahren gegenüber dem Kultusministerium um eine andere Lösung bemüht. Die Verwaltung ist in ihren Entscheidungen in erster Linie an die Umsetzung geltender Rechtsnormen gebunden, auf deren Einhaltung das Land Sachsen-Anhalt bestehe. Deshalb werde an der Fusion der beiden Sekundarschulen zum Schuljahr 2007/08 festgehalten.

Die Verwaltung distanzieren sich von der Elterninitiative zur Eigenständigkeit der Sportsekundarschule – auch wegen der negativen Folgen für die Schulentwicklungsplanung im Sekundarschulbereich.

Eine nicht rechtskonforme Schulform, wie sie derzeit von der Elterninitiative der Sportschulen gefordert werde, könne nicht Zielstellung eines Verwaltungsvorschlages sein.

Den Eltern und Schülern stehe aber das Recht zu, im Rahmen der demokratischen Mitwirkung, andere Schulformen vorzuschlagen bzw. zu fordern.

Zu den Auswirkungen der Beschlussvorlage zur Haushaltskonsolidierung sagte er, dass sich der Gesamtbetrag der Konsolidierungsmaßnahmen, wie sie ursprünglich in der gesamten Schulentwicklungsplanung beschlossen wurde, bis auf eine Summe von 10 TEuro bis zum Ende des gesamten Konsolidierungszeitraumes nichts ändern wird. Eine Verschiebung wird es in den entsprechenden Jahresscheiben geben. Allerdings sind Einsparungen an Betriebskosten im Rahmen der Realisierung der PPP-Projekte hierbei noch

nicht gegen gerechnet. Am Ende des Konsolidierungszeitraumes gibt es eine Einsparsumme von 4 Mio. Euro und 54 TEuro.

Da aber nicht auszuschließen ist, dass der Stadtrat im Zuge der Fortschreibung der Schulentwicklungsplanung auch einer Verwaltungsvorlage zustimmen werde, die diese 10 TEuro bis zum Ende des Konsolidierungszeitraumes wieder kompensiert, könne dieser Beschluss heute durchaus zur Beschlussfassung vorgelegt werden.

Frau Dr. Bergner, Fraktion der CDU, merkte als Vorsitzende des Bildungsausschusses an, dass die heute vorliegende Beschlussvorlage in wesentlichen Punkten auf dem Beschluss zur PPP-Sanierung basiere. Sie hoffe, da dieser PPP-Beschluss noch mit einem gewissen Risiko behaftet sei, dass dies in Kürze ausgeräumt werde.

Risikofaktor sei dabei der Punkt 2.3., hier wurde eine Umwidmung der Fördermittel des Landes für die Weidenplanschule zugesagt. Dies sei bisher noch nicht geschehen.

Weiter bat sie um Korrektur des Punktes 3, wo es heißen müsse, dass das Schuljahr nicht 2006/07 sondern 2007/08 beginne.

Ansonsten stimme ihre Fraktion der Vorlage zu. Sie bat die Stadträtinnen und Stadträte auch um Zustimmung zur Vorlage.

Frau Wolff, Fraktion NEUES FORUM + UNABHÄNGIGE, betonte, dass es zu diesem Beschluss dank des Bildungsausschuss und der konstruktiven Arbeit aller anderen gekommen sei.

Zur Sportsekundarschule bemerkte sie, dass es ein demokratisches Mittel der Schüler/innen und der Lehrer/innen sei, zu sehen, welche Schulform, welcher Schulweg und welche Trainingsmöglichkeiten für sie die besser sind. Deshalb sollte in diesem Schuljahr eine Lösung für die Schüler/innen der Sportsekundarschule gefunden werden.

Herr Lange, Fraktion Die Linkspartei. PDS, sprach die einvernehmlichen Verhandlungen mit der Verwaltung an. Er bezog sich auf die Grundschulen im Süden von Halle, wo es der ursprüngliche Verwaltungsvorschlag war, die Schülerinnen und Schüler der Auenschule erst in die Rosengartenschule zu schicken, um sie dann ein Jahr später in die Huttenschule einziehen zu lassen. Die Auenschule sei bestandsfähig, weil sie in einem wachsenden Stadtteil stehe. Seine Fraktion befürworte immer noch, dass die Auengrundschule erhalten bleibt. In diesem Jahr müsste es demzufolge einen Beschluss geben, wie es dort vor allem mit den Sanierungsmaßnahmen, weitergeht.

Schwierig sei auch das Thema Weidenplan- und Wittekindschule. Die Weidenplanschule ist in einem guten sanierten Zustand. Die Schüler/innen sollen nun in ein Schulgebäude, was zwar größer ist und dem Umfang der Schule entsprechen würde, aber in einem sehr schlechten Zustand ist. Der Standort im Norden von Halle ist sei am Geeignetesten und die Stadträte erwarten, dass die Verwaltung Vorschläge unterbreitet, wie es mit den Fachkabinetten und mit dem Sanierungskonzept für die Wittekindschule weitergeht.

Die Notwendigkeit zur Aufnahmebegrenzung an den Gymnasien und den Gesamtschulen bestehe. Besonders das Gesamtschulkonzept animiere die Eltern dazu, ihre Kinder in diese zu schicken. Das erfolgreichere Schulkonzept ist das Gesamtschulkonzept. Es ist auf ein längeres, gemeinsames Lernen der Schüler/innen ausgerichtet, auf Chancen, sich für den einen oder anderen Bildungsweg zu entscheiden. Dies führe dazu, sich Gedanken darüber zu machen, wie zukünftig mit den Sportschulen umgegangen werde, und ob ein Gesamtschulkonzept für die Sportschulen nicht das vernünftiger Konzept sei. Dem Willen der Eltern und Schüler werde dann entsprochen.

Herr Bartl unterbrach die Diskussion und begrüßte unter den Gästen zwei Klassen des Bildungs- und Förderzentrums der Wirtschaftsschule Halle, die einmal an einer Stadtratssitzung teilnehmen wollen.

Herr Dr. Fikentscher, Fraktion der SPD, erläuterte, dass seine Fraktion der Vorlage mit einem Kompromiss zustimmen werde. Dieser Kompromiss sei, dass Entscheidungen

zum Fortbestand, z. B. der Auenschule, nicht getroffen wurden. Weiterhin sei deutlich geworden, dass sich die Sekundarschulen insgesamt in einer schwierigen Situation befinden und der Bildungsausschuss versuchen werde, mit dem Kultusminister ins Gespräch zu kommen, um diese Situation zu beraten. Seine Fraktion hoffe darauf, dass eine gute Lösung für die Sportsekundarschule gefunden werde.

Frau Dr. Bergner gab zu verstehen, dass das Thema Sportsekundarschule hier nicht weiter diskutiert werden sollte, da dies auf Landesebene ausgehandelt werden müsse. Diesbezüglich wurde auch an den Kultusminister geschrieben. Eine Antwort werde dann den Interessierten zur Kenntnis gegeben.

Zur Option Gesamtschule empfahl sie, die Stellungnahme des Fachbereiches in den vorliegenden Unterlagen nachzulesen. Die Gesamtschule sei für die Situation der Stadt nicht möglich, insofern müsse nicht ideologisch agiert werden.

Weitere Wortmeldungen gab es nicht.

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich z u g e s t i m m t

Beschluss (in modifizierter Form):

Die Verwaltung schlägt, unter Berücksichtigung des Änderungsantrages des Bildungsausschusses vom 20.12.2006, dem Stadtrat nachfolgende Beschlussfassung zur Abstimmung vor.

1. Der Stadtrat der Stadt Halle (Saale) bestätigt die lt. Bezugsbeschluss Nr. 1 für das Schuljahr 2007/08 gefassten Beschlüsse.

1.1 Fusion der Grundschule „Hanns Eisler“ mit der Grundschule Trotha am Standort Seebener Straße 79 erfolgt zum Schuljahr 2009/10.

Im Vorgriff auf die Fusion erfolgt zum 01.08.2007 die Übertragung des Hausrechtes für das Schulobjekt Seebener Straße 79 an die Grundschule „Hanns Eisler“

2. Der Stadtrat der Stadt Halle (Saale) beschließt im Rahmen der Aktualisierung und Präzisierung des Bezugsbeschlusses Nr. 1 in Verbindung mit den Bezugsbeschlüssen Nr. 2 bis 6 die nachfolgenden Veränderungen und Ergänzungen der geplanten Maßnahmen für das Schuljahr 2007/08:

2.1 Die Grundschulen Auenschule, Ulrich von Hutten und Rosengarten bleiben bis einschließlich Schuljahr 2008/09 als eigenständige Grundschulen bestehen.

Im Rahmen der Fortschreibung der Schulentwicklungsplanung ist im Jahr 2007 die Diskussion zur Fusion der drei Grundschulen, nach Abschluss „PPP-Sanierung“ im Objekt Huttenstraße zum Schuljahr 2009/10 wieder aufzunehmen.

2.2 Schulbezirksveränderung der Grundschule Nietleben

2.3 Fusion der Sekundarschule Wittekind mit der Sekundarschule Weidenplan zum 01.08.2007 (Schuljahr 2007/08)

Vorläufiger Standort: Ernst-Schneller-Straße 1

Neuer Name: **Sekundarschule Halle-Nord**
(bis auf Widerruf)

Die endgültige Festschreibung des Standortes erfolgt im Ergebnis des abgeschlossenen Verwaltungsverfahrens.

- 2.4 Umsetzung der Grundschule „Rosa Luxemburg“**
Vom Standort: **Haflinger Straße 4**
Nach Standort: **Haflinger Straße 13**
zum Schuljahr 2008/09

- 2.5. Beschlussfassung zur Fusion der Sekundarschule Am Fliederweg mit der Sportsekundarschule wird vertagt bis zur Klärung der Sachlage mit dem Kultusministerium.**

- 3. Der Stadtrat der Stadt Halle (Saale) legt, beginnend mit dem Schuljahr 2007/08, für alle Gesamtschulen und Gymnasien der Stadt Halle (Saale) eine Aufnahmebegrenzung für die Klassenstufe 5 fest.**

<u>Schule</u>	<u>Zügigkeit</u>	<u>Schülerzahl</u>
IGS Halle	4-zügig	max. 100 Schüler und Schülerinnen
KGS „W. v. Humboldt“ Sekundarschulzweig	4-zügig	max. 100 Schüler und Schülerinnen
Gymnasialzweig	2-zügig	max. 50 Schüler und Schülerinnen
Gesamt	6-zügig	
KGS „U. v. Hutten“ Sekundarschulzweig	3-zügig	max. 75 Schüler und Schülerinnen
Gymnasialzweig	2-zügig	max. 50 Schüler und Schülerinnen
Gesamt	5-zügig	
alle kommunalen Gymnasien	4-zügig	max. 100 Schüler und Schülerinnen

- 4. Die Verwaltung wird beauftragt, bis zum 31.07.2007 die vorgesehenen Fusionen zu begleiten und in Zusammenarbeit mit dem Landesverwaltungsamt, Abteilung Schulen, die Voraussetzungen für einen ordnungsgemäßen Unterrichtsbeginn zum 01.08.2007 zu schaffen.**
-

**zu 5.6 Namensgebung einer schulischen Einrichtung
Vorlage: IV/2006/06137**

Wortmeldungen gab es nicht.

Abstimmungsergebnis: **mehrheitlich z u g e s t i m m t**

Beschluss:

Der Stadtrat der Stadt Halle (Saale) beschließt entsprechend dem Vorschlag der Gesamtkonferenz die Namensgebung der

Grundschule Rigaer Straße in *Grundschule Südstadt*

**zu 5.7 Jahresabschluss für das Wirtschaftsjahr 2004/2005 Thalia
Theater/Kinder- und Jugendtheater
Vorlage: IV/2006/06071**

Wortmeldungen gab es nicht.

Abstimmungsergebnis: **mehrheitlich z u g e s t i m m t**

Beschluss:

- 1. Der Stadtrat beschließt den Jahresabschluss für das Wirtschaftsjahr 2004 / 2005 des Eigenbetriebs Thalia Theater/Kinder- und Jugendtheater und entlastet die Theaterleitung für das Wirtschaftsjahr 2004 / 2005.**
- 2. Der Stadtrat beschließt, dass der Jahresverlust in Höhe von 235.437,45 € wie folgt ausgeglichen wird.**

**183.206,17 € Entnahme aus der allgemeinen Rücklage
52.231,28 € auf neue Rechnung vortragen**

**zu 5.3 Widerspruch gegen den Beschluss des Stadtrates zur Entlastung der Frau Oberbürgermeisterin für das Haushaltsjahr 2004 (Vorlage-Nr.: IV/2006/05884)
Vorlage: IV/2007/06218**

Frau Oberbürgermeisterin Häußler sagte, dass sie keine neuen Erläuterungen geben werde, da sie in den vorhergehenden Sitzungen dazu gesprochen und ihre Meinung gesagt habe. Auch habe sie den Widerspruch angekündigt.

Herr Bönisch, Fraktion der CDU, äußerte, dass er dem neuerlichen Widerspruch nicht stattgeben könne. Dieser werde im Wesentlichen damit begründet, dass es sich um geringe Beträge handele und es keine Möglichkeit zur Stellungnahme gegeben hätte. Dies stimme nicht. Im der Beratung des Rechnungsprüfungsausschusses im Monat Dezember hätte man die Möglichkeit der Stellungnahme gehabt. Dort sei nur die Frage offen geblieben, wie es nochmals zur Verzögerung der Vergleichszahlung gekommen ist, die mit zusätzlichen Kosten verbunden war.

Auch sei die Angelegenheit Eine-Welt-Haus noch nicht abgeschlossen, weil es noch Unregelmäßigkeiten gäbe und Akteneinsicht zum Sachverhalt beantragt wurde. Er fragte, ob es mit der Geschäftsordnung konform ginge, wenn jeden Monat abgestimmt werde, bis das Abstimmungsergebnis gefalle. Wenn heute dem Widerspruch stattgegeben werde, gäbe es keine Entlastung mehr. Dann wäre der letzte gefasste Beschluss aufgehoben, der die Entlastung mit Ausnahme von zwei Punkten beinhalte.

Frau Oberbürgermeisterin Häußler entgegnete, dass sie den Ausführungen von **Herrn Bönisch** nicht folgen könne. Sie habe den ersten Widerspruch eingelegt, weil sie es für nichtzulässig halte, dass der Stadtrat wegen der beiden offenen Fragen, die in keinem Verhältnis zum Gesamthaushalt stünden, die Entlastung verweigere. Laut Gemeindeordnung hätte diese Teilentlastung gar nicht vorgenommen werden dürfen. Dem habe der Stadtrat nicht stattgegeben und wieder eine Teilentlastung vorgenommen. Demzufolge müsste sich der Stadtrat 4 Wochen später damit befassen, wenn dieser mit dieser Rechtsauffassung nicht einverstanden sei. Dies sei so vorgeschrieben. Was die sachlich-inhaltliche Seite im Rechnungsprüfungsausschuss angehe, bestätigte sie, dass bis auf die eine Nachfrage die ganze Angelegenheit deutlich erläutert wurde. Aus der Diskussion konnte sie nicht entnehmen, dass irgendjemand die Erläuterungen nicht plausibel fand. Dies habe sich dann auch in der Abstimmung so niedergeschlagen. Die offen gebliebene Frage betreffend der Vergleichszahlung werde sie nachliefern. Vom Grundsatz her stellte sie fest, dass es unterschiedliche Rechtsauffassungen gibt, mit denen auch die Stadträte leben müssen.

Herr Prof. Schuh, Fraktion NEUES FORUM + UNABHÄNGIGE, schloss sich der Meinung von **Herrn Bönisch** an. Auch er frage sich, ob es sinnvoll sei, solche Anträge zu stellen. Es wurde doch nur auf bestimmte Teilaspekte des Haushaltes geschaut. Er frage sich, ob er mit dem Gesamtaspekt der Haushaltsdurchführung, die eine Erhöhung des Defizits um 50 Mio. Euro gebracht hat, befassen solle. Es gibt einen Haushaltsbeschluss, der gravierend überzogen wurde.

Auch er bat, die Vorlage zurückzuziehen.

Herr Godenrath, Fraktion der CDU, schloss sich den Vorrednern an und empfahl, rein aus formalen Gründen, die Vorlage zurückzuziehen. Die selektive Beschlussfassung eines Widerspruches, ohne, dass die Gesamtsache beraten wird, sei nicht zulässig. Vielleicht könne das Rechtsamt zur Klärung mit beitragen.

Herr Willecke, Fachbereichsleiter Recht, antwortete, dass dem Teilwiderspruch selbständige Regelungsbestandteile zugrunde lagen. Es wird einer Teilentlastung widersprochen. Wenn der Beschluss als solcher gesehen werde, dann spricht der Stadtrat die Entlastung für das Haushaltsjahr 2004 aus. Zweiter Regelungsbestandteil ist, dass diese beiden Sachverhalte von der Entlastung ausgenommen werden sollen. Also gibt es zwei Regelungsbestandteile, von denen über einen schon entschieden worden ist. Es ist richtig, dass über alles im Stadtrat wieder entschieden werden könne. In diesem Falle ist es aber so, dass der Rat sich überlegt hat, soll er die Entlastung insgesamt verweigern oder soll er jetzt nur unter Teilaspekten die Entlastung entsprechend geben oder hat er schon quasi die Entscheidung über die Entlastung als solche getroffen, Entlastung ja, aber nur mit Ausnahmen. Jetzt ist eigentlich die Frage, sind die Ausnahmen, die hier die Entlastung einschränken, berechtigt oder unberechtigt erfolgt. Das war die Grundlage, weshalb überlegt wurde, den Widerspruch nur auf die Teilentlastung zu beschränken.

Herr Bönisch erinnerte, dass so verfahren wurde, dass ein Änderungsantrag zu dem Entlastungsvorschlag gemacht wurde, welcher beinhaltete, dass zwei Punkte von der Entlastung herausgenommen werden. Dieser Änderungsantrag wurde gesondert abgestimmt und somit erhielt die Vorlage eine neue Gestalt. Es wurde keine getrennte Abstimmung vorgenommen, sondern die erneuerte, veränderte Vorlage wurde im Ganzen beschlossen. In der Geschäftsordnung sei geregelt, wie ein Beschluss aufgehoben wird und nicht wie ein Teil eines Beschlusses aufgehoben werde.

Herr Krause, Fraktion der SPD, stellte klar, dass der Stadtrat verpflichtet sei, sich mit dem Haushalt auseinander zu setzen. Selbstverständlich könne es im Prozedere unterschiedliche Rechtsauffassungen geben. Wenn Frau Oberbürgermeisterin Häußler diese Rechtsauffassung hat, habe sie selbstverständlich auch die Pflicht, zu widersprechen. Sie ist davon überzeugt, dass die Verhältnismäßigkeit angesichts der Kritikpunkte und der gesamten Vorlage nicht gewahrt ist. Es muss mit einem gewissen Respekt zur Kenntnis genommen werden, dass es um die Entlastung des Gesamthaushaltes von 2004 geht. Nun werde der Vorschlag gemacht, mit der Vorlage den ursprünglichen Zustand wieder herzustellen und, es werde davon ausgegangen, dass die Gesamtentlastung erteilt werde. Die Mehrheit der Stadträte wird erkennen, dass hier die Verhältnismäßigkeit möglicherweise doch nicht gewahrt ist. Dies berühre nicht die Prüfungsverfahren zu den Sachverhalten. Seine Fraktion werde dem Widerspruch zustimmen.

Er wandte sich an **Herrn Bönisch** und sagte, dass es richtig wäre, dass es dann keine Entlastung geben wird und der von ihm beschriebene Automatismus trete dann in Kraft, weil Frau Oberbürgermeisterin der Rechtsauffassung sei. In der nächsten Sitzung werde dann, wenn alle Stadträte einer Meinung seien, gemeinsam die Entlastung beschlossen.

Frau Oberbürgermeisterin Häußler stellte entgegen, dass sie diesen Irrtum ausräumen möchte. Ihr Antrag laute nicht, den Beschluss der letzten Stadtratssitzung aufzuheben. Im Beschlussvorschlag stehe, dass der Beschluss, bezogen auf die beiden Teilaspekte, dem die Stadträte ihre Teilentlastung nicht gegeben haben, aufgehoben werde. Aber niemals der ganze Beschluss. Wenn also dem Beschluss zugestimmt werde, dann ist nicht der Beschluss der letzten Stadtratssitzung aufgehoben, sondern die Teilaspekte. Vom Rechtsamt wurde ihr dieser Weg vorgeschlagen. Wenn die Stadträte der Auffassung seien, dass das rechtlich nicht zulässig ist, dann müssen sie sich damit auseinandersetzen. Für den Stadtrat stehe jetzt die Frage, ob der vorgelegten Beschlussfassung zugestimmt werde. Das würde bedeuten, dass die beiden Teilentlastungspunkte aufgehoben sind und es würde eine Gesamtentlastung ausgesprochen.

Herr Bönisch stellte einen Geschäftsordnungsantrag und stellte die Frage, auf welchen Passus der Geschäftsordnung Frau Oberbürgermeisterin Häußler sich berufe.

Herr Bartl warf ein, das sich nicht auf die Geschäftsordnung, sondern auf die Gemeindeordnung bezogen wurde.

Herr Godenrath verlas aus dem Kommentar von Klang/Gundlach: „*Der erneuten Verhandlung und Beschlussfassung unterliegt dabei der gesamte Verhandlungsgegenstand des ersten Beschlussverfahrens und nicht nur der Einzelaspekt, der vom Bürgermeister als gesetzwidrig gerügt wurde.*“ Darauf könne man sich berufen.

Herr Bartl informierte, dass Interesse an einer **A u s z e i t** bestehe. Der Stadtrat nahm eine Auszeit an.

Beginn der A u s z e i t um 14:58 Uhr

Ende der A u s z e i t um 15:07 Uhr

Herr Bartl teilte mit, dass zwischen dem Rechtsamt und der CDU-Fraktion keine Einigung hergestellt werden konnte und somit der Tagesordnungspunkt **v e r t a g t** werde und Frau Oberbürgermeisterin Häußler halte ihren Widerspruch aufrecht.

Weitere Wortmeldungen gab es nicht.

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat hebt seinen in der Sitzung am 13.12.2006 gefassten Beschluss zur Entlastung der Frau Oberbürgermeisterin für das Haushaltsjahr 2004, Beschlusspunkt 2, (Vorlage-Nr.: IV/2006/05884) insoweit auf, als die Entlastung wegen der zwei folgenden Sachverhalte nicht erteilt wurde:

- *Förderung des Eine-Welt-Haus e. V.*
- *Vergleichszahlung an einen unterlegenen Mitbewerber bei der Bestellung des Beigeordneten für Planen, Bauen und Straßenverkehr*

Abstimmungsergebnis:

v e r t a g t

Herr Bartl, Vorsitzender des Stadtrates, schlug vor, erst die Wiedervorlage und die Anträge zu behandeln und danach erst die TOP 5.5 und 5.8.

**zu 7.4 Antrag der SPD-Stadtratsfraktion zur Umbesetzung des
Verwaltungsrates der BMA BeteiligungsManagementAnstalt
Halle (Saale)
Vorlage: IV/2007/06235**

Herr Bönisch, Fraktion der CDU, erläuterte, dass nach der Satzung der BMA die Oberbürgermeisterin Vorsitzende des Verwaltungsrates sei und Frau Szabados zum 1. Mai 2007 Oberbürgermeisterin wird. Dies bedeute, dass ein Vertreter in den Verwaltungsrat entsandt werde, der bestenfalls nur an einer Sitzung des Verwaltungsrates teilnehmen wird. Es wäre nichts dagegen einzuwenden, wenn Frau Szabados bereits jetzt an den Beratungen ohne Stimmrecht teilnimmt.

Herr Weiland, Fraktion WIR. FÜR HALLE. – BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – MitBürger, erschließe sich der Sinn des Antrages auch nicht. Hierzu wäre eine ausführlichere Begründung erforderlich. Aus diesem Grunde könne er dem Antrag nicht zustimmen.

Herr Krause, Fraktion der SPD, warf ein, dass er noch nicht im Stadtrat erlebt habe, dass über die Besetzungsvorschläge diskutiert wurde. Er hoffe, dass das nicht Einzug halte. Es könne davon ausgegangen werden, dass es sich seine Fraktion überlegt habe, wen sie, auch wenn es nur für eine Sitzung ist, bestellt hat und warum.

Weitere Wortmeldungen gab es nicht.

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich z u g e s t i m m t

Beschluss:

Der Stadtrat bestellt gemäß § 6 Abs. 1 c) der Satzung der BMA BeteiligungsManagementAnstalt Halle (Saale) Frau Dagmar Szabados in den Verwaltungsrat der BMA BeteiligungsManagementAnstalt Halle (Saale).

**zu 7.5 Antrag der CDU-Stadtratsfraktion betreffs Aufhebung des
Beschlusses 07/91 vom 26. September 1990
Vorlage: IV/2006/06206**

Auf Antrag der Fraktion der CDU erfolgt ein wortwörtliches Protokoll:

Herr Misch, Fraktion der CDU

„Sehr geehrter Herr Vorsitzender, Frau Oberbürgermeisterin, meine Damen und Herren, es ging, wie aus der Begründung zum Antrag hervorgeht, darum, Irritationen, die bei der Bundeswehr bestehen, die nach Aussagen namhafter Vertreter des Verteidigungsministeriums und des Sanitätskommandos durch die Äußerung der Oberbürgermeisterin ausgelöst wurden, diese Irritation zu beseitigen und ein klares Bekenntnis zur Bundeswehr abzugeben. Insofern freue ich mich, dass trotzdem die Verwaltung empfohlen hat, dem Antrag stattzugeben. Danke.“

Herr Weiland, Fraktion WIR. FÜR HALLE. – BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – MitBürger

„Herr Vorsitzender, Frau Oberbürgermeisterin, meine sehr geehrten Damen und Herren, ich denke, Herr Misch, wenn durch die Oberbürgermeisterin Irritationen entstanden sind, dann sollte sie diese auch selbst ausräumen. Der Beschluss ist, dass ist Ihnen sicher klar, damals an einem etwas anderem Umfeld entstanden und er hat auch sicher andere Gründe, als wir das heute würdigen würden und es sind auch einfach andere Gesichtspunkte gewesen. Mir ist eigentlich als erstes dazu eingefallen, dass es eigentlich unnützlich ist, einen 16 Jahre alten Beschluss des Stadtrates wieder aufzuheben, denn es gibt Sachen, da geht die Geschichte einfach drüber hinweg. Das scheint mir so eins zu sein, und dass Sie das wieder hervorziehen, finde ich nicht besonders günstig. Und, ich muss auch sagen, es spricht aus meiner Sicht nicht unbedingt für die Kollegen der Bundeswehr, die also im Beschluss von 1990, der zugegebenermaßen unter anderen Bedingungen, unter anderen Intentionen zustande gekommen ist, dann als persönliche Ablehnung sich gegenüber betrachten. Das kann ich hier heraus nicht so ohne Weiteres entnehmen. Also, ich sage es so, ich finde es einfach bedauerlich, dass Sie das wieder hervorgeholt haben. Ansonsten wäre meiner Ansicht nach da sowieso das Gras der Zeit darüber gewachsen und es hätte niemand mehr darüber gesprochen. Punkt.“

Herr Misch

„Frau Oberbürgermeisterin, Herr Vorsitzender, Herr Weiland, das auslösende Moment für diesen Antrag war, wenn Sie das richtig gelesen haben, die Äußerung Generalarzt Dr. Bandekow und des Generaloberstabsarzt, Dr. Demmer, aus dem Verteidigungsministerium gerade noch am 16.11., dass wegen der Äußerung der Oberbürgermeisterin, die ich heute bewusst habe, etwas kurz halten wollen, nach wie vor diese Irritation bei der Bundeswehr bestehen. Und diese Irritationen sollten nachhaltig mit diesem Antrag ausgelöst werden. Und ich verhehle auch nicht, wenn ich Ihnen sage, dass von Seiten der Bundeswehrrführung gebeten wurde, die Beschlusslage heute der Bundeswehr mitzuteilen, wortwörtlich, damit man in der Bundeswehr weiß, woran man in der Stadt Halle ist. Ich danke.“

Herr Dr. Brockmann, Fraktion der SPD

„Herr Misch, Ihre Ausführungen zeigen, dass auch die Heuchelei der Bundeswehr nicht ganz fremd ist. Ich würde nach bitten, gleich die Oberbürgermeisterin mal zu berichten, wie viel Beschlüsse wir in den Zwischenzeit gefasst haben, um zu versuchen, den Standort zu halten. Wir sollten uns hier nicht auf lyrische Berichte Herrn Bandekows oder Herrn Demmers beziehen, sondern auf die Beschlusstexte und da werden wir ja finden, dass es ein Mitglied, ein heutiges Mitglied Ihrer Fraktion war, der diesen Beschluss, nämlich man

könnte auch sagen, den Kupke-Waschitschka-Beschluss, in der damaligen Ausformung so dem Stadtrat scheinbar zur Mehrheit reichen ließ. Auch ein weiteres Mitglied der Fraktion war ja Herr Jeschke, der das abschwächen wollte. Also, so zu tun, als ob wir seit Jahren nichts wollen, als die Bundeswehr vor die Tür setzen, das glauben Sie doch wirklich nicht selber.“

Frau Oberbürgermeisterin Häußler

„Also, ich bin ja die Letzte, wenn sie beschuldigt wird, nicht erst einmal nachguckt, ob sie auch wirklich Schuld daran ist. Deswegen habe ich krampfhaft nachgedacht, ob ich mich an ein solches Gespräch erinnern kann. Es tut mir leid. Ich kann nicht sagen, ob ich im Jahre 2003 mit den Herren ein solches Gespräch geführt habe. Daran kann ich mich nicht erinnern. Dann habe ich gedacht, was machst du jetzt, um dich zu vergewissern, dass du nicht tatsächlich so etwas gesagt hast. Da habe ich mir also angesehen, wie ich zu einer Meinungsbildung für mich selbst gekommen bin, denn ich will mal sagen, meine eigene Einstellung zur Bundeswehr habe ich, glaube ich, immer deutlich zum Besten gegeben, so dass ich dazu jetzt nicht die Absicht habe, noch einmal eine Erklärung abzugeben. Aber die Frage war ja, konnte ich zu der Auffassung kommen, dass der Stadtrat hier nicht ganz sicher ist, ob er den alten Beschluss aufheben würde oder nicht. Und da habe ich dann tatsächlich mal die Aktenlage geprüft. Da muss ich sagen, ich bin im Jahre 2000 hier angetreten im Mai. Im September haben wir uns hier das erste Mal mit dem Thema befasst und der Stadtrat hat mich beauftragt, mich bei den zuständigen Gremien des Landes und des Bundes dafür einzusetzen, dass Halle als Standort der Bundeswehr erhalten bleibt. Wie sollte ich also zwei Jahre später, nach dem ich so eine Latte von Unternehmungen, die ich dann persönlich unternommen habe, angefangen beim Ministerpräsidenten Höppner, beim damaligen Innenminister Püchel, wo dann deutlich hervorkam im Jahre 2001, also bevor ich, wenn ich diese Bemerkung wirklich gemacht hätte, diese Irritation hätte herbeiführen können, völlig klar war, dass das Land Sachsen-Anhalt nicht imstande war, gegen diese Strukturveränderungen des Bundes, die Bundeswehr betreffend, vorzugehen. Und warum? Weil das Land Sachsen-Anhalt bei den Strukturveränderungen damals gut weggekommen ist, nämlich insgesamt mehr Soldaten behalten hat, als es vorher hatte, leider die Strukturveränderung, den Standort Halle so geschliffen hat. Deshalb sah sich Herr Püchel damals außerstande, irgendetwas zu tun, um eine Veränderung hervorzurufen. Das habe ich Ihnen auch alles hier dargelegt. Also, ich will das hier nicht im Einzelnen aufführen. Ich kann das noch mal verteilen, welche Aktivitäten wir hier unternommen haben, um den Bundeswehrstandort zu erhalten. Als das dann deutlich war, dass das nicht möglich ist, haben wir unsere Aktivitäten darauf konzentriert, etwas Vernünftiges aus diesem Standort zu machen. Jetzt muss ich mal sagen, wenn in Teilen der Bundeswehr eine solche Irritation da ist, da kann ich mich nur wundern, dass man über Jahre, von 2003 bis heute, dieses Thema nicht mal angesprochen hat. Ich hab ununterbrochen mit den Verantwortlichen des Standortes zusammengearbeitet und mit ihnen gemeinsame Briefentwürfe gemacht an die Ministerien, um eine Lösung für diesen Standort zu finden. Also, wenn hier irgendjemand behaupten will, ich hätte mich da nicht ausreichend dafür eingesetzt oder hätte diesen Stadtrat für fähig gehalten, den Bundeswehrstandort in Frage zu stellen, dann muss ich ehrlich sagen, dem kann ich nicht folgen und ich sage ganz ausdrücklich, dass ich mir nicht vorstellen kann, dass ich tatsächlich zu einer solchen Irritation beigetragen habe. Wenn das aber der Fall sein sollte, dann denke ich, ist das durch die vielen Aktivitäten, die ich unternommen habe, längst widerlegt. Wir haben einfach eine ganz andere Geschichte gelebt mit der Bundeswehr, als was diesem alten Beschluss entspricht. Und ich habe ja nicht umsonst noch mal diesen alten Beschluss verteilen lassen, den wir gefasst haben. Eigentlich haben wir mit diesem Beschluss, der damals auf die FDP zurückging, den alten Beschluss schon aufgehoben. Der alte hieß: Wir sollten ja hier alle Möglichkeiten verhindern, die eine militärische Präsenz in Halle bedeuten, und wir haben im Jahre 2000 auf Antrag der FDP, Überschrift war: Halle bleibt Bundeswehrstandort, haben wir doch schon in diesem Jahr beschlossen, dass Halle Bundeswehrstandort bleiben soll. Damit haben wir eigentlich unseren alten Beschluss schon erledigt. Ich denke, wenn das formal hilft, ist es in Ordnung

den Beschluss heute aufzuheben. Da hat man halt die Formalitäten wieder hergestellt. Aber ich wehre mich gegen jede Unterstellung, dass ich hier irgendwann Zweifel gehabt hätte, wie dieser Stadtrat zur Bundeswehr steht.“

Herr Lange, Fraktion Die Linkspartei. PDS

„Wir haben jetzt die Ausführungen der Oberbürgermeisterin noch mal gehört. Wir haben das gehört, was Herr Misch gesagt hat. Und, da geht es natürlich um ein Bekenntnis. Es gibt eine Fraktion, die Linksfraktion, die tatsächlich in der Richtung eine andere Meinung hat. Frau Oberbürgermeisterin, sehr geehrte Damen und Herren, gestern war der 59. Todestag des für seine friedliche Revolution bekannten Mahadma Ghandi. Ghandi hat gezeigt, dass sich Menschenrechte und Gerechtigkeit mit Vernunft, Beharrlichkeit und vor allem friedlichen Mitteln durchsetzen lassen. Ähnliche Erfahrungen haben die Menschen in der damaligen DDR mit der friedlichen Revolution von 1989 gemacht. Im Eindruck dieser friedlichen Revolution und im Bewusstsein, dass zivilisatorischer Fortschritt mit zivilen Mitteln erreicht werden sollte, ist der von der CDU in Frage gestellte Beschluss entstanden. Nun kenne ich Stimmen, die sagen, Herr Weiland hat es eben auch gemacht, dass der Antrag der CDU mit dem Abzug der Bundeswehr aus Halle erledigt ist. Jedoch ist das Abziehen der Bundeswehr, auch aus dem Standort Halle, Teil der Neuorientierung der Bundeswehr, weg von einer reinen Verteidigungsarmee hin zu einer international agierenden Interventionstruppe. Zu dem fordern die Antragsteller ein Bekenntnis zum deutschen Militär. Die Fraktion der Linkspartei bekennt sich zur internationalen Solidarität, Kooperation statt Konfrontation. Das muss das Motto des neuen Jahrtausends werden, wenn knapper werdende Rohstoffe und die ungerechte Verteilung des Wohlstandes nicht in einen neuen Weltkrieg führen sollten. In Zeiten, in denen Politiker Deutschland am Hindukusch verteidigen wollen, in Zeiten, in denen die deutsche Infrastruktur zur Absicherung völkerrechtswidriger Angriffskriege, wie im Irak benutzt wird, in Zeiten, in denen militärisches Agieren dadurch getarnt wird, das private Firmen, wie die Russland-Sales-GmbH, auf dem Flughafen Halle-Leipzig vom Militärbündnis dafür beauftragt werden, logistische Leistungen zu erbringen. In diesen Zeiten ist es umso notwendiger, dass sich eine Stadt erneut dazu bekennt, dass sie gegen die militärische Nutzung der Liegenschaften in ihrem Einflussbereich ist, und sich dazu bekennt, dass es an der Zeit ist, die auf Krieg zielende, militärische Logik zu durchbrechen, um den notwendigen zivilisatorischen Fortschritt zu erreichen. Die Linksfraktion lehnt daher den Antrag der CDU ab.“

Herr Bartl

„Weitere Bemerkungen. Ein Geschäftsordnungsantrag.“

Herr Weihrich, Fraktion WIR. FÜR HALLE. – BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – MitBürger

„Frau Oberbürgermeisterin, meine Damen und Herren, das waren jetzt sehr große Worte, deswegen habe ich fast schon ein schlechtes Gewissen, jetzt, mit so einem ganz banalen Geschäftsordnungsantrag zu kommen. Ich möchte nämlich beantragen, aus der bisherigen Diskussion heraus, die auf der einen Seite gezeigt hat, dass der Antrag zu der Zeit, wo er gefasst wurde, berechtigt war. Er ist ja auch mit großer Mehrheit gefasst worden, auch mit Zustimmung der CDU. Das er richtig war, dass aber die Zeit einfach darüber gegangen ist, dass der Stadtrat sich ausreichend zur Bundeswehr bekannt hat, wie Frau Oberbürgermeisterin das dargestellt hat. Deswegen stelle ich hier den Geschäftsordnungsantrag, diesen Antrag wegen Erledigung, wegen eingetretener Erledigung, als erledigt zu erklären und die Tagesordnung fortzusetzen.“

Herr Bartl

„Zu dem Geschäftsordnungsantrag.“

Herr Weihrich

„§ 8 Nummer, Buchstabe ‚h‘ unserer Geschäftsordnung.“

Herr Bartl

„Zu dem Geschäftsordnungsantrag jetzt noch mal. Herr Bönisch, ja.“

Herr Bönisch, Fraktion der CDU

„Herr Wehrich, die Begründung ist ja eigentlich ganz wichtiger Bestandteil. Es geht nicht darum, dass die Stadt Halle und der Stadtrat sich für oder gegen Bundeswehr positioniert, sondern, hier werden zwei Herren zitiert, die sich ausdrücklich zitieren lassen wollten. Die also gefragt worden sind, darf man das sozusagen öffentlich sagen, und, wie gesagt, ja, das darf man. Und, genau die Reaktion, die die sagen, also wenn die Herren sagen, Frau Häußler habe gesagt, dass sei im Stadtrat von Halle nicht durchzukommen, dann ist das der neue Fakt. Darum geht's. Wir hatten also eine Aussage bekommen, in Halle sei nicht durchzubekommen, dass man die Bundeswehr haben will, so ungefähr, und da ist mit irgendwelchen Beschlüssen von früher das nicht ausgeglichen. Wissen Sie, es geht um diesen neuen Fakt. Deshalb. Ist das also sozusagen, die Begründung ist Bestandteil dieses Beschlusses, und die hat sich nicht erledigt. Das ist ein Fakt, der in der Welt ist, als jetzt von uns als Fakt bezeichnet, Frau Häußler sagt, das habe so die Stadt gefunden. Wir wollten das auch gar nicht hoch kochen. Wir haben ja gar nicht damit gerechnet, dass es hier so eine Diskussion gibt, weil ja eigentlich durch mehrere andere Beschlüsse schon deutlich geworden ist, dass mindestens die Mehrheit hier, also diesen Beschluss von damals ohnehin nicht trägt, und wir wollten das Thema gar nicht so sehr hoch kochen. Nun ist es so entstanden, aber ich muss darauf hinweisen, dass diese Aussagen eben noch in der Welt sind. Und, die kriegen wir mit einem Erledigungsantrag nicht weg.“

Frau Ewert, Fraktion der SPD

„Frau Oberbürgermeisterin, Herr Vorsitzender, sehr geehrte Damen und Herren, diese Herren sind anscheinend nicht auf der Höhe der Zeit. Wir können nur das unterstützen, was Herr Wehrich gesagt hat. Wir haben sogar Sympathiebezeugungen hier losgelassen für die Bundeswehr. Wir wissen überhaupt nicht, was das soll. Aber Kniefälle müssen wir nun auch nicht machen. Schon mal gar nicht unsere Oberbürgermeisterin, die nun wirklich in all den Jahren sehr kooperativ war und sich auch um gutes Verhältnis bemüht hat. So, wie wir das alle getan haben. Ich möchte gar nicht erinnern an die vielen Veranstaltungen, an Konzerte, an private...“

Herr Bartl

„Wie sind jetzt inhaltlich. Ich möchte den Geschäftsordnungsantrag...“

Frau Ewert

„...Sie sind sonst auch nicht so doll mit der Geschäftsordnung, dann lassen Sie mich jetzt auch ausreden.“

Herr Bartl

„Ich wollte doch nur sagen, dass wir nicht...“

Frau Ewert

„Herr Bartl, also, das muss an dieser Stelle wirklich mal gesagt werden, also wir betrachten das auch als erledigt und bitten darum, dem zu folgen.“

Herr Bartl

„Ich wollte Ihnen doch lediglich sagen, dass Sie zum Geschäftsordnungsantrag sprechen sollen und nicht inhaltlich. Gut. Das habe ich dann... Jetzt noch einmal Herr Wehrich, bitte.“

Herr Wehrich

„Eigentlich darf ich nicht. Aber zwei Sätze. Herr Bönisch, ich danke Ihnen dafür, dass Sie für meinen Antrag geredet haben, weil nämlich Frau Oberbürgermeisterin ja deutlich richtig gestellt hat, wenn es nur darum geht, um ihre, die Aussagen, die sie möglicherweise gegen,

über den Herren Militärs getroffen hat, dann hat sie das ja deutlich richtig gestellt und insofern müssen wir ja den Beschluss auch gar nicht fassen.“

Herr Bartl

„Wir stimmen jetzt über den Geschäftsordnungsantrag ab, unter § 8 ,h' fort, dass wir in der Tagesordnung fortfahren, wegen eingetretener Erledigung einer Angelegenheit.

Wer der Auffassung von Herrn Wehrich folgen kann, den bitte ich jetzt um sein Handzeichen. (Es erfolgt Abstimmung.)

Die Gegenstimmen, bitte. (Es erfolgt Abstimmung.)

Ich denke, wir müssen auszählen. Also noch mal, wer dem Geschäftsordnungsantrag von Herrn Wehrich folgen kann, den bitte ich jetzt um sein Handzeichen. (Es erfolgt Auszählung.)

Danke, jetzt die Gegenstimmen. (Es erfolgt Auszählung.)

Und die Enthaltungen. (Es erfolgt Auszählung.)

Dem Geschäftsordnungsantrag von Herrn Wehrich ist mit 20 Ja-Stimmen gegen 14 Nein-Stimmen bei 12 Enthaltungen stattgegeben worden. Somit ist dieser Antrag erledigt.“

Weitere Wortmeldungen gab es nicht.

Ende des wortwörtlichen Protokolls.

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat der Stadt Halle beschließt:

Der auf Antrag 07/91 von Bündnis 90 / Grüne Partei am 26. September 1990 ergangene Beschluss der Stadtverordnetenversammlung Halle (Saale)

„Der Magistrat unternimmt alle möglichen rechtlichen und politischen Schritte, um die Präsenz aller militärischen Einrichtungen zu verhindern.“

wird aufgehoben.

Laut Geschäftsordnungsantrag der Fraktion WIR. FÜR HALLE. – BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – MitBürger zur Geschäftsordnung § 8 (h)

- e r l e d i g t -

Abstimmungsergebnis zum GO-A :
t

mehrheitlich z u g e s t i m m

20 Ja-Stimmen

14 Nein-Stimmen

11 Enthaltungen

**zu 7.6 Antrag der Linkspartei. PDS-Fraktion im Stadtrat Halle (Saale) - zur Erarbeitung eines Berichtes über die Lage der Menschen mit Behinderungen in der Stadt Halle (Saale), verbunden mit einem Tätigkeitsbericht des Behindertenbeauftragten der Stadt Halle (Saale)
Vorlage: IV/2007/06232**

Frau Haupt, Fraktion Die Linkspartei. PDS, erläuterte den Antrag ihrer Fraktion. Menschen mit Behinderungen brauchen die Stadträte und die Verwaltung als Partner, um die für sie notwendigen Lebensverhältnisse in der Stadt zu verändern und zu verbessern. Dazu gibt es Gesetze auf allen politischen Ebenen. Diese Gesetze nur zu kennen, reiche nicht aus. Deshalb die Intention zum Antrag. An ihm soll gemessen werden, welche positiven Veränderungen bei den Menschen mit Behinderungen im täglichen Alltag unserer Stadt durchgedrungen sind. Bei der Umsetzung dieser Gesetze gibt es Widerstände, die objektiver, aber auch subjektiver Natur sein können. Hier führte sie als Beispiel den Marktplatz an. Sie hoffe, dass die Stadträte in gemeinsamer Verantwortung mit der Stadt genau diese Probleme bei den Wurzeln packen. Das bedeute auch, dass gegebenenfalls Beschlüsse aufgehoben werden müssen, oder evtl. auch andere Strukturen in dieser Stadt entwickelt werden. Voraussetzung sei immer, dass es Personen gibt, die willens sind, sich diesen Veränderungen zu stellen. Sie bat deshalb, diesem Antrag zuzustimmen. Es gab den Hinweis, die Empfehlung der Verwaltung anzunehmen und erst im III. Quartal 2007 den Bericht vorzulegen. Da ihre Fraktion davon überzeugt ist, dass dieser dann auch qualitativ gut ist, stimme sie der Intention zu.

Frau Wolff, Fraktion NEUES FORUM + UNABHÄNGIGE, gab zu bedenken, dass ein umfangreicher Bericht vorgelegt werde, welcher in verschiedenen Ausschüssen zu beraten sei und am Ende könne nicht wirklich Substanz herausgeholt werden. Es reiche aus, wenn der Behindertenbeauftragte in den entsprechenden Fachausschüssen zu seiner Tätigkeit berichtet. Im Stadtrat sei gezeigt worden, wie z. B. bei der Marktgestaltung, dass eine große Sensibilität für diese Bevölkerungsgruppe vorhanden sei. Sie halte einen zusätzlichen Bericht für nicht sinnvoll, wenn nicht Konsequenzen daraus erwachsen.

Frau Haupt verwies auf die Begründung, in welcher an den Stadtratsbeschluss erinnert werden sollte, weil dieser noch nicht erfüllt sei. Er wurde mit konkreten Kriterien untersetzt, damit dieser Beschluss umgesetzt wird.

Weitere Wortmeldungen gab es nicht.

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich z u g e s t i m m t

Beschluss (in modifizierter Form):

Die Oberbürgermeisterin wird beauftragt, dem Stadtrat *bis zum III. Quartal 2007* einen Bericht über die Lage der Menschen mit Behinderungen in der Stadt Halle (Saale), verbunden mit einem Tätigkeitsbericht des Behindertenbeauftragten der Stadt Halle (Saale), vorzulegen.

Dieser Bericht sollte vor allem folgende Schwerpunkte beinhalten:

- Analyse über Leistungen und Hilfen für Menschen mit Behinderungen in der Stadt Halle (Saale)

 - Analyse
 - zur Verbesserung der Barrierefreiheit in der Stadt Halle (Saale)
 - des barrierefreien Wohnens in der Stadt Halle (Saale)
 - der barrierefreien Zugänglichkeit und Nutzbarkeit des ÖPNV
 - der Integration behinderter Kinder und Jugendlicher in Kindereinrichtungen und Schulen
 - der Integration von Menschen mit Behinderungen auf dem Arbeitsmarkt
 - der Teilnahme am Landeswettbewerb „Auf dem Weg zur barrierefreien Kommune“

 - Einschätzung des Behindertenbeauftragten über die Möglichkeiten zur Einflussnahme und Durchsetzung der Interessen von Menschen mit Behinderungen in den bisher bestehenden Mitwirkungsformen und Empfehlungen für Veränderungen
-

zu 7.7 **Antrag der Fraktion WIR. FÜR HALLE. - BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - MitBürger zur Mitgestaltung des Haushaltes 2007 durch die Bürger der Stadt Halle (Saale)**
Vorlage: IV/2007/06238

zu 7.7.1 **Änderungsantrag der SPD-Stadtratsfraktion zum Antrag der Fraktion WIR. FÜR HALLE. - BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - MitBürger zur Mitgestaltung des Haushaltes 2007 durch die Bürger der Stadt Halle (Saale)**

Herr Bartl, Vorsitzender des Stadtrates, informierte, dass hierzu ein Änderungsantrag der Fraktion der SPD vorliege.

Frau Ewert, Fraktion der SPD, legte dar, dass die Bürgerinnen und Bürger in einer repräsentativen Demokratie ihre Vertreter direkt wählen. Dies bedeute, dass nach den Wahlen Kritiken, Anregungen und Vorschläge erwünscht seien und weiter gegeben werden. Die direkten Ansprechpartner dazu sind die gewählten Stadträtinnen und Stadträte. So ist es uns allen nur Recht, dass die Bürger von Halle sich mit ihrem Detailwissen und ihrer Kreativität in den Entwurf des Haushaltes mit einbringen. Dies bedeute aber, dass die Vorschläge nicht von der Verwaltung eingebracht und gesichtet werden und dann an den Stadtrat und die zuständigen Ausschüsse weitergegeben werden, sondern an die gewählten Vertreterinnen und Vertreter. Mit dem Antrag ihrer Fraktion wurde dieses Anliegen modifiziert.

Herr Wolter, Fraktion WIR. FÜR HALLE. – BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – MitBürger, legte dar, dass der Antrag seiner Fraktion in der Begründung ausreichend dargestellt sei. Der Dialog mit den Bürgern sollte bereits mit Anträgen im Haushalt 2007 untersetzt werden. In vielen anderen Städten sei dies bereits möglich. Die weiterführende Form des Bürgerhaushaltes wird als eine Variante von den Bürgern immer wieder intensiv diskutiert. Er

bedankte sich beim Geschäftsbereich Zentraler Service für die Eigenrecherchen und die Prüfung der finanziellen Auswirkungen bezüglich des Haushaltskostenrechners. Er bat die Fraktionen, den Antrag nicht zu verweisen, damit bereits in den Beratungen für 2007 eine Beteiligung möglich wird. Der Haushaltsplan ist zurzeit in der Diskussion, so dass eine sofortige Umsetzung der Bürgerbeteiligung wünschenswert wäre. Zum Änderungsantrag der Fraktion der SPD sagte er, dass dieser für seine Fraktion nicht ganz nachvollziehbar sei. In dem Antrag seiner Fraktion sei der Satz enthalten, *dass die eingebrachten Vorschläge an die Fraktionen und an die betreffenden Fachbereiche weiterzuleiten sind*. Es sollte die direkte und gemeinsame Informationsmöglichkeit genutzt werden, um intensiv in den Fachausschüssen diskutieren zu können. Er hoffe, dass die Fraktion der SPD den Antrag mittrage.

Herr Geier, Beigeordneter Zentraler Service, wies ergänzend zu diesem Antrag darauf hin, dass ein klarer Adressat für die Bürger da sein muss. Die Bezeichnung „Stadträte und Fraktionen“ sei zu ungenau. Dies würde bedeuten, dass immer eine Verlinkung auf jede Privat-E-Mail jedes einzelnen Stadtrates vorhanden sein müsste. Aus diesem Grunde empfahl er, eine Verknüpfung zu den E-Mail-Postfächern jeder Fraktion herzustellen. Die Verwaltung habe mit diesem Änderungsantrag der Fraktion der SPD kein Problem, wenn diese insgesamt diesem Antrag zustimme.

Herr Krause, Fraktion der SPD, antwortete, dass dies durchaus möglich sei. Da man in einer verfassten Demokratie lebe, wurden die Stadträte als Vertreter der halleschen Bevölkerung gewählt. Darum ginge es in dem Änderungsantrag. Die Bürger leiten ihre Vorschläge zu der von ihnen gewünschten Geschäftsstelle der Fraktion. Die Fraktionen haben dann die Aufgabe, vor der Haushaltsberatung Vorschläge zu prüfen, einzubringen und abzuwägen, wie diese in der Verhältnismäßigkeit zu den eigenen Anträgen der Fraktionen stehen.

Herr Bönisch, Fraktion der CDU, hielt dagegen, dass der erste Teil des Antrages schon erledigt sei, da die Verwaltung jetzt schon damit einverstanden ist, eine lesbare Exemplar

des Haushaltsplanes im Internet einzustellen. Doch für eine Verbesserung der Transparenz sollte der Antrag noch einmal im Finanzausschuss beraten werden. Aus diesem Grund verwies er im Namen seiner Fraktion den Antrag in den Finanzausschuss für den Monat Februar, um ihn dort beschleunigt zu behandeln. Auch sollte prophylaktisch davon ausgegangen werden, dass der Antrag noch im Monat Februar im Stadtrat wieder behandelt wird.

Herr Bartl sagte, dass hiermit der Antrag und Änderungsantrag verwiesen seien.

Herr Dr. Meerheim, Fraktion Die Linkspartei. PDS, fand es bedauerlich, dass dem Antrag nicht entsprochen wurde. Er fand den Antrag ohne den Änderungsantrag der Fraktion der SPD in Ordnung, weil dies der richtige Schritt in die richtige Richtung sei. Er sei für eine noch bessere Zusammenarbeit zwischen Verwaltung, Bürger/innen und den gewählten Stadträten. In den Prozessen, in denen Vorschläge durch Bürgerinnen und Bürger eingebracht werden, könne die Verwaltung nicht einfach ausgeschaltet werden. Dies sollte parallel laufen, so dass jeder die gleiche Ausgangsposition habe und jeder könne diese Vorschläge für seine eigenen Überlegungen mit nutzen und in die entsprechenden Haushaltsdiskussionen in den Fachausschüssen einbringen.

Er fände gut, wenn es auch bei dieser Entscheidung im Finanzausschuss bleiben wird.

Frau Wolff, Fraktion NEUES FORUM + UNABHÄNGIGE, schloss sich im Namen ihrer Fraktion der Meinung von **Herrn Dr. Meerheim** an. Sie frage sich aber, ob die Verzögerungstaktik etwas anderes bringen könne. Dem Stadtrat hätte es vielleicht einmal gut getan, seine Mitwirkung und Transparenz nach außen zu tragen.

Weitere Wortmeldungen gab es nicht.

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverwaltung wird beauftragt, den Haushaltsplanentwurf der Stadt Halle (Saale) des Jahres 2007 begleitend zur Beratung in den Ausschüssen im Stadtrat in geeigneter Form auf der Homepage der Stadt Halle (Saale) zu veröffentlichen und die Möglichkeit zur Einbringung von Änderungsvorschlägen und Kommentaren für Bürger vorzusehen. Die eingebrachten Vorschläge sind an die Fraktionen und die betreffenden Fachbereiche weiterzuleiten. Darüber hinaus wird die Stadtverwaltung beauftragt zu prüfen, unter welchen Voraussetzungen und mit welchen finanziellen Folgen in der Stadt Halle ein sog. Haushaltsplanrechner realisiert werden kann.

Der Antrag wurde durch Geschäftsordnungsantrag der Fraktion der CDU in den Ausschuss für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften verwiesen.

**zu 7.7.1 Änderungsantrag der SPD-Stadtratsfraktion zum Antrag der Fraktion WIR. FÜR HALLE. - BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - MitBürger zur Mitgestaltung des Haushaltes 2007 durch die Bürger der Stadt Halle (Saale)
Vorlage: IV/2007/06260**

Beschlussvorschlag:

1. *Streichung des zweiten Satzes*
 2. *als zweiten Satz einfügen: Als Adressaten für Änderungsvorschläge und Kommentare sollen die Stadträte und Fraktionen fungieren.*
-

Der Änderungsantrag wurde durch Geschäftsordnungsantrag der Fraktion der CDU in den

**Ausschuss für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften
v e r w i e s e n .**

Herr Bartl, Vorsitzender des Stadtrates, informierte, dass die **TOP 5.5 und 5.8** immer noch verschoben sind, weil Frau Bürgermeisterin Szabados noch nicht anwesend sei und es ginge deshalb mit dem **TOP 8, Anfragen,** weiter.

zu 8 Anfragen von Stadträten

**zu 8.1 Anfrage der Stadträtin Andrea Machleid - NPD - zu Asylbewerbern
Vorlage: IV/2006/06041**

1. **Wieviel Asylbewerber gibt es derzeit in Halle und aus welchen Ländern sind diese?**
2. **In welcher Höhe belaufen sich die Gesamtkosten für die Asylbewerber?**

(Bitte aufschlüsseln in Kosten für Unterkunft, Verpflegung, Krankenkosten und sonstige Posten)

Antwort der Verwaltung:

1. **Aufhältige Asylbewerber in der Stadt Halle: 127**

Die Herkunftsländer sind:

Äthiopien, Armenien, China, Eritrea, Irak, Iran, Mali, Niger, Nigeria, Russische Föderation, Serbien-Montenegro, sonstige asiatische Staaten, Syrien, Türkei, Vietnam

2. **Die Ausgaben für Asylbewerber lagen im Jahr 2005 bei insgesamt 1.098.783,- €.**

Dieser Betrag setzt sich aus pflichtigen Leistungen für Hilfen zum Lebensunterhalt, Unterkunft, Schaffung von Arbeitsgelegenheiten und Krankenbehandlung wie folgt zusammen:

UA 4200	33.023,- €
UA 4210	659.926,- €
UA 4220	285.630,- €
UA 4230	3.861,- €
UA 4240	5.509,- €
UA 4362	110.833,- €

Schneller
Fachbereichsleiter

Die Antwort der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

**zu 8.2 Anfrage der Stadträtin Andrea Machleid - NPD - zu nicht
erstattungsfähigen Kosten bei geduldeten Ausländern
Vorlage: IV/2006/06042**

- 1. Wieviel nicht erstattungsfähige, geduldete Ausländer gibt es derzeit in Halle und aus welchen Ländern sind diese?**
- 2. In welcher Höhe belaufen sich die Gesamtkosten für die so genannten nicht erstattungsfähigen, geduldeten Ausländer?**

(Bitte aufschlüsseln in Kosten für Unterkunft, Verpflegung, Krankenkosten und sonstige Posten)

Antwort der Verwaltung:

1. Geduldete Personen in der Stadt Halle: 610

Die Herkunftsländer sind:

Äthiopien, Afghanistan, Algerien, Armenien, Burkina Faso, China, Ghana, Eritrea, Irak, Iran, Kamerun, Mongolei, Mali, Niger, Nigeria, Russische Föderation, Serbien-Montenegro, Sierra Leone, sonstige asiatische Staaten, Sudan, Syrien, Türkei, Togo, Zaire, Vietnam

2. Die Ausgaben für geduldete Personen lagen im Jahr 2005 bei insgesamt 4.133.518,- €.

Dieser Betrag setzt sich aus Hilfen zum Lebensunterhalt, Unterkunft, Schaffung von Arbeitsgelegenheiten und Krankenbehandlung wie folgt zusammen:

UA 4200	124.230,- €
UA 4210	2.482.580,- €
UA 4220	1.074.515,- €
UA 4230	14.522,- €
UA 4240	20.726,- €
UA 4362	416.945,- €

Für die Betreuung von Asylbewerbern und geduldeten Personen erfolgt eine Kostenerstattung des Landes seit 2004 nicht mehr bezogen auf den Einzelfall. Die Aufwendungen für die Betreuung ist Bestandteil der Zuweisungen, die im Rahmen des FAG an die Stadt Halle gewährt werden. Die Zuweisungen werden anhand statistischer Daten jährlich neu festgelegt und haben die Ausgaben der Stadt sowohl für Asylbewerber wie für geduldete Personen immer getragen.

Schneller
Fachbereichsleiter

Die Antwort der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

**zu 8.3 Anfrage des Stadtrates Mathias Weiland - BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN -
zu den geplanten Nachpflanzungen für gefälltte Bäume in der
Heideallee
Vorlage: IV/2006/06187**

Zwischen Gimritzer Damm und Hubertusplatz erstreckt sich eine in Europa einzigartige, vierreihige Platanenallee, die als Naturdenkmal besonders geschützt ist.

Im Oktober wurden in diesem Bereich 63 Bäume infolge festgestellter ungenügender Stand- und Bruchsicherheit im Auftrag der Stadt Halle (Saale) gefällt und Proben entnommen, um holzerstörende Pilzarten genau zu bestimmen. Auch wurde mitgeteilt, dass nach Vorliegen der Ergebnisse der Untersuchungen Nachpflanzungen vorgesehen sind, damit der Charakter des Naturdenkmals auf jeden Fall erhalten bleibt bzw. wieder hergestellt wird.

Ich frage:

- 1. Welche Ergebnisse haben die Untersuchungen der Proben bezüglich der geplanten Nachpflanzungen erbracht?**
- 2. Sind im Bereich der Kreuzung Heideallee/Walter-Hülse-Straße/Weinbergweg und in der südlichen Fortsetzung der Allee alle Standorte der gefälltten Bäume für Nachpflanzungen vorgesehen?**
- 3. Wann werden die Nachpflanzungen realisiert?**

Antwort der Verwaltung:

1. Die Untersuchung der entnommenen Proben der gefälltten Platanen durch das Institut für Forstbotanik und –zoologie der Technischen Universität Dresden diente der Feststellung der Holzfäuleerreger an diesen Bäumen sowie deren Patogenität. Im Ergebnis der Untersuchungen wurden verschiedene Pilzarten, wie z. B. der zottige Schillerporling, der Klapperschwamm, der Leberpilz nachgewiesen. Auf Grund dessen erfolgten gutachtliche Hinweise für die Nachpflanzungen.

Demnach ist eine Nachpflanzung nach einem Bodenaustausch an den Pflanzstellen möglich. Das Gutachten wird derzeit in der Verwaltung ausgewertet und das Pflanzkonzept beraten. Anschließend ist, wie bereits angekündigt, eine Diskussion mit den Gremien und der Öffentlichkeit vorgesehen.

2. Es wird ein Nachpflanzungskonzept geben, das der Öffentlichkeit vorgestellt werden soll.

3. Der Zeitpunkt der Nachpflanzung ist im Ergebnis der Auswertung des o. g. Gutachtens festzulegen und soll auch mit den Gremien und in der Öffentlichkeit diskutiert werden.

Dr. Thomas Pohlack
Beigeordneter

Herr Weiland, Fraktion WIR. FÜR HALLE. – BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – MitBürger, war mit der Beantwortung der Anfrage nicht einverstanden. Zum Punkt 2 wurde keine substantielle Aussage gemacht. Er bezog sich auf die Gemeindeordnung, dass dem Gemeinderat durch den Bürgermeister Auskunft erteilt werde und jede Anfrage habe einen Anspruch auf treffende und sachlich ausreichende Beantwortung. Dies wurde eindeutig

verletzt. Er bat darum, die Beantwortung nachzuholen. Ansonsten müsse er die Anfrage erneut stellen.

Herr Dr. Pohlack, Beigeordneter für Planen, Bauen und Straßenverkehr, begründete, dass es einen Tatbestand gäbe, der im Moment daran hindere, die zweite gestellte Frage exakt zu beantworten. Das Gutachten liege der Verwaltung seit einigen Tagen vor und werde im Moment ausgewertet, um daraus eine Wiederbepflanzungskonzeption abzuleiten. Erst, wenn dieses fertig sei, könne die Frage exakt beantwortet werden.

Herr Weiland war mit der Beantwortung trotzdem nicht einverstanden.

Weitere Wortmeldungen gab es nicht.

Die Antwort der Verwaltung wurde mit Anmerkungen zur Kenntnis genommen.

**zu 8.4 Anfrage der Stadträtin Elke Schwabe - WIR. FÜR HALLE. - zur geplanten Tourist- und Servicestation in der Fährstraße 1
Vorlage: IV/2007/06228**

Mit Beschluss des Ausschusses für städtische Bauangelegenheiten und Vergaben der Stadt Halle (Saale) vom 15.12.2005 wurde zur Verbesserung der touristischen Infrastruktur im Gebiet Giebichenstein das Bauvorhaben Tourist- und Servicestation mit Parkplatz in der Fährstraße 1 bestätigt. Neben einer Teilsanierung des betreffenden Gebäudes zur Nutzung als Touristinformation und dem Einbau einer Toilettenanlage ist die Errichtung eines bewirtschafteten Parkplatzes für 31 PKW und 4 Busse vorgesehen. Eine Inbetriebnahme der Serviceeinrichtung wurde für April 2007 angekündigt, diesbezüglich sollte eine gesonderte Beschlussvorlage in den Stadtrat eingebracht werden.

Ich frage:

- 1. Wann wird die Anlage fertig gestellt und in Betrieb genommen?**
- 2. Welche verkehrliche Erschließung des Grundstücks, insbesondere für aus Richtung Seebener Straße bzw. Burgstraße kommende Fahrzeuge, ist vorgesehen?**
- 3. Welche Konsequenzen ergeben sich infolge der Maßnahme für die einzelnen Verkehrsteilnehmer (MIV, ÖPNV, Rad- und Fußgängerverkehr) im Kreuzungsbereich Fährstraße/Burgstraße/Seebener Straße?**

Antwort der Verwaltung:

zu 1.

Die Fertigstellung und Inbetriebnahme der Serviceeinrichtung ist für April 2007 vorgesehen. Der Parkplatz wird voraussichtlich im August 2007 fertig gestellt und in Betrieb genommen werden.

zu 2.

Das Grundstück wird mindestens dem Bestand entsprechend verkehrlich erschlossen bleiben (Rechts-herein-und-rechts-heraus-Prinzip). Zusätzlich dazu wird probeweise das Linksein- und -ausbiegen zugelassen. Damit soll eine Möglichkeit getestet werden, die Erschließung des Grundstückes für die aus Richtung der Seebener Straße und Burgstraße

kommenden Fahrzeuge und auch die Ausfahrt der Fahrzeuge vom Parkplatz in Richtung Kröllwitz zu verbessern.

zu 3.

Da im Kreuzungsbereich Fährstraße/ Burgstraße/ Seebener Straße die bestehende Verkehrsorganisation nicht geändert wird, ergeben sich dort für die einzelnen Verkehrsteilnehmer (bzw. -arten) keine Änderungen.

Dr. Thomas Pohlack
Beigeordneter

Frau Schwabe, Fraktion WIR. FÜR HALLE. – BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – MitBürger, bezog sich auf den Punkt 2 der Beantwortung und fragte, was sei unter „probeweise“ zu verstehen sei.

Herr Dr. Pohlack, Beigeordneter für Planen, Bauen und Straßenverkehr, erläuterte, dass „probeweise“ hieße, es werde getestet. An Ort und Stelle müsse kontrolliert werden, welche Gefährdungspotentiale sich durch das zusätzlich Linksein- und Linkausbiegen ergeben. Eine genaue Vorhersage über den Zeitraum könne nicht getroffen werden. Vorerst werde über einen Zeitraum von vier Wochen die Situation beobachtet und in Abhängigkeit von diesen Ergebnissen werde eine endgültige Entscheidung zur Verkehrsregelung getroffen. Dies werde am Ende durch Verkehrszeichen angeordnet.

Frau Schwabe hinterfragte, ob sich auf den vierwöchigen Test festgelegt werde.

Herr Dr. Pohlack erwiderte, dass er sich ganz bewusst nicht festlege. Das sei eine Testphase, die sicherlich mindestens vier Wochen dauern wird.

Frau Schwabe fragte, wie das Controlling aussehen werde.

Herr Dr. Pohlack antwortete, es werde so aussehen, dass an einer Ampel oder an einer Kreuzung Verkehrsregelungen geändert werden und dass zu bestimmten repräsentativen Zeiten Mitarbeiter der Unteren Verkehrsbehörde und der Verkehrsplanung, möglicherweise auch Schüler oder Hilfskräfte, an Ort und Stelle stehen werden, um die Zählungen durchführen, welche dann ausgewertet werden, damit am Ende eine Entscheidung getroffen werden könne.

Weitere Wortmeldungen gab es nicht.

Die Antwort der Verwaltung wurde mit Nachfragen zur Kenntnis genommen.

**zu 8.5 Anfrage der Stadträte Wolff/Schuh - Fraktion NEUES FORUM + UNABHÄNGIGE - zum Umsetzungsstand "Umbau des S-Bahnhofs Halle-Neustadt" aus dem Planspiel Kommunalpolitik
Vorlage: IV/2007/06233**

Im Rahmen des Planspiels Kommunalpolitik entwickelten Jugendliche der KGS Humboldt Ende 2005 Ideen zum Umbau des S-Bahnhofs Halle-Neustadt. Die Oberbürgermeisterin sagte den Jugendlichen zu, sich mit den Ideen auseinander zu setzen und Vorschläge aus der Stadtverwaltung heraus auszuarbeiten.

Wir fragen daher:

- 1. Hat sich die Stadtverwaltung im Rahmen des Programms „Stadtumbau Ost“ bemüht, dieses Projekt in Angriff zu nehmen?**
- 2. Mit welchen Ideen der Jugendlichen hat sich die Stadtverwaltung auseinander gesetzt?**
- 3. Gibt es Vorstellungen, was mit dem S-Bahnhof in Halle-Neustadt geschehen soll?**

Antwort der Verwaltung:

Für die Beantwortung der Anfrage sind umfangreichere Recherchen notwendig. Die Anfrage wird für die nächste Stadtratssitzung am 28.02.2007 beantwortet.

Dr. Thomas Pohlack
Beigeordneter

Frau Wolff, Fraktion NEUES FORUM + UNABHÄNGIGE, verstand nicht, warum die Beantwortung im Monat Februar erfolgen soll. Unter „umfangreiche Recherchen“ verstehe sie, dass hierzu nie etwas gemacht wurde. Ein Zwischenbericht wurde auch nicht gegeben. Aus diesem Grunde frage sie, was recherchiert werden muss.

Herr Dr. Pohlack, Beigeordneter für Planen, Bauen und Straßenverkehr, antwortete, dass die Mitarbeiterin, die sich federführend damit beschäftigt hatte, zurzeit nicht verfügbar sei.

Frau Oberbürgermeisterin Häußler fügte noch hinzu, dass auch die Frage des Eigentums zu klären sei. Weiterhin gäbe es auch schwierige Abstimmungen mit der Bahn und zwar, was der künftige Eigentümer dürfe und nicht. Dies müsse abgewartet werden, bevor man weiter aktiv werden könne.

Weitere Wortmeldungen gab es nicht.

Die Antwort der Verwaltung erfolgt im Monat Februar.

**zu 8.6 Anfrage der CDU-Fraktion betreffend den Entwurf des Nahverkehrsplanes der Stadt Halle (Saale)
Vorlage: IV/2007/06226**

Im Rahmen der 28. Tagung des Stadtrates am 13.12.2006 informierte der Beigeordnete für Bauen, Planen und Straßenverkehr, Herr Dr. Pohlack, darüber, dass, für den Fall, dass die durch Vertreter von SPD und PDS in der Sitzung des Planungsausschusses vom 12.12.2006 gestellten Änderungsanträge zur Vorlage des Nahverkehrsplanes letztendlich Beschlusskraft erlangten, Kosten über das in der Vorlage geplante Maß hinaus verursacht würden.

Die CDU-Fraktion fragt daher:

- 1. In welcher Höhe würden sich die Mehrkosten belaufen?**
- 2. Woher würden – im Fall, dass die Beschlusslage dies dann erfordert - die zusätzlichen Mittel aufgebracht?**

Antwort der Verwaltung:

Zu 1.

Die Höhe der Mehrkosten lässt sich zurzeit nicht quantifizieren. Die Verwaltung wird in der Fachausschusssitzung den Stadträten Abwägungsvorschläge unterbreiten. Je nach Zustimmung oder Ablehnung der Vorschläge ergeben sich dann Konsequenzen für die Mehrkosten. Zurzeit geht die Verwaltung davon aus, keine Mehrkosten entstehen zu lassen.

Zu 2.

Der Stadtrat beschließt mit dem Nahverkehrsplan die Qualität und Quantität, die der öffentliche Personenverkehr in der Stadt Halle haben soll. Der bisher vorliegende Nahverkehrsplan war mit seinen Qualitätsfestlegungen durch den Finanzierungsplan gesichert. Forderungen, die über dieses Maß hinausgehen, müssten durch die Stadt auch bezahlt werden. Es müssten dann Deckungsvorschläge von den Antragstellern erfolgen, um bestimmte höhere Qualitäten des Nahverkehrs zu bezahlen.

Dr. Thomas Pohlack
Beigeordneter

Die Antwort der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

zu 8.7 Anfrage der CDU-Fraktion zum Problem der Firma Rubicon Vorlage: IV/2007/06234

Die Firma Rubicon mit Sitz in der Hans-Dittmar-Straße ist nicht in der Lage, ihr Grundstück jenseits der Gleise der Hafenbahn zu nutzen, weil ein früher dort befindlicher Bahnübergang entfernt wurde. Als dieses Problem im Oktober öffentlich bekannt wurde, gab es eine Zusammenkunft von Vertretern der Firma Rubicon, der Stadtverwaltung und der Stadtwerke, und es wurde eine Lösung skizziert. Bis heute aber ist der Firma Rubicon nicht klar, wann sie ihr Grundstück erreichen und nutzen können wird.

Vor diesem Hintergrund fragen wir:

- 1. Wann wird die Firma ihr Grundstück wieder nutzen können?**
- 2. Wer sorgt dafür, und mit welchem Aufwand, dass der Bahnübergang wieder errichtet wird?**
- 3. Wie konnte es dazu kommen, dass Grundstücksbesitzern der Zugang zu ihrem Eigentum abgeschnitten wurde?**
- 4. Ist inzwischen organisatorisch die Wiederholung eines derartigen Falles ausgeschlossen?**

Antwort der Verwaltung:

Sachlicher Hintergrund:

Die Fa. Rubicon wurde im Jahr 1991 in Halle (Saale) gegründet und besteht erfolgreich seit mehr als 15 Jahren. Die Herstellung von Verarbeitungsmaschinen für Gummiformteile ist Hauptgeschäftszweck des Unternehmens. Auf Grund einer guten Auftragslage, insbesondere im Exportgeschäft, ist auch eine flächenmäßige Erweiterung des Unternehmens notwendig geworden. Der beabsichtigte Zukauf einer Fläche in unmittelbarer Nähe ist Ausdruck der Expansionsbemühungen. Zwischen der jetzigen Unternehmensfläche und dem zugekauften Grundstück liegt die Hafenbahntrasse. Ein ehemaliger nicht öffentlicher Bahnübergang wurde auf Antrag der Hafen Halle GmbH zurückgebaut. Die Erwerbsabsichten der Fa. Rubicon für die zusätzlich benötigten Flächen waren zum damaligen Zeitpunkt noch nicht bekannt. Die neuerliche Öffnung des rück gebauten Bahnüberganges, ausschließlich für Rubicon, ist Ziel eines notwendig gewordenen Genehmigungsverfahrens.

Die Hafen Halle GmbH ist Träger des Verfahrens, die Stadt Halle ist Verfahrensbeteiligter, wie u. a. auch das Landesverwaltungsamt und die Landeseisenbahnaufsicht.

1. Wann wird die Firma ihr Grundstück wieder nutzen können?

Ein zwischen der Hafen Halle GmbH (Eigentümer Bahngleis) und Stadt (FB Tiefbau/Straßenverkehr) abgestimmter Zeit-Maßnahmeplan vom 10.01.2007 sieht die technische Wiederherstellung des Bahnüberganges bis April 2007 vor. Das Unternehmen Rubicon akzeptiert o. g. Maßnahmeplan unter den gegebenen Umständen. Rechtliche Voraussetzung für die Wiederherstellung ist ein Genehmigungsverfahren nach § 18 Allgemeines Eisenbahngesetz (AEG). Dieses Verfahren wird derzeit vorbereitet. Die weiteren Verfahrensbeteiligten, wie das Landesverwaltungsamt als Genehmigungsbehörde und die Landeseisenbahnaufsicht, wurden frühzeitig, d.h. bereits ab November 2006, im Rahmen der Vorabstimmungen einbezogen. Die Fa. Rubicon wurde durch die Hafen Halle GmbH und den Fachbereich Wirtschaftsförderung über den Ablauf der Koordinierungsaktivitäten informiert. In einem Schreiben der Oberbürgermeisterin an die Genehmigungsbehörde (LVA) wurde die Dringlichkeit des Vorhabens nochmals deutlich gemacht.

2. Wer sorgt dafür, und mit welchem Aufwand, dass der Bahnübergang wieder errichtet wird?

Die Hafen Halle GmbH und die Stadt Halle (FB Tiefbau/Straßenverkehr) stellen den Bahnübergang her.

Durch die Hafen Halle GmbH werden die bahntechnischen Anlagen hergestellt.

Die Stadt, FB Tiefbau/Straßenverkehr, übernimmt die Wiederherstellung der Überfahrt als Fahrstraße mit den vorhandenen und nutzbaren Wegeelementen.

3. Wie konnte es dazu kommen, dass Grundstücksbesitzern der Zugang zu ihrem Eigentum abgeschnitten wurde?

Die Hafen Halle GmbH hat im Februar 2005 bei der Stadt um Prüfung des in Rede stehenden Überganges gebeten.

Festgestellt wurde, dass es sich nicht um den Bahnübergang einer öffentlichen Straße, sondern eine ehemalige Betriebszufahrt für den TTW Baumarkt handelt, die aber mangels Sperrung durch Ortskundige regelmäßig als Zufahrt zum angrenzenden Baumarkt und das ehemalige Betriebsgelände genutzt wurde.

Die öffentliche Zufahrt zum Betriebsgelände und zum Baumarkt befindet sich in ca. 400 m Entfernung an der Köthener Straße.

Festgestellt wurde weiterhin, dass die Zufahrt von der Hans-Dittmar-Straße und der Übergang baulich und bahntechnisch nicht für eine dauerhafte öffentliche Nutzung geeignet sind.

Dem folgend hat die Stadt am 08.04.2005 einer Sperrung des Überganges durch die Hafen Halle GmbH zugestimmt.

4. Ist inzwischen organisatorisch die Wiederholung eines derartigen Falles ausgeschlossen?

Die Herstellung und Änderung von öffentlichen/nicht öffentlichen Eisenbahnanlagen, mithin die Änderung eines Überganges, erfolgt auf der Grundlage eines förmlichen Planfeststellungsverfahrens nach

§ 18 AEG.

Dieses Verfahren beinhaltet immer die frühzeitige Information und Beteiligung aller Betroffenen, auch der Anlieger.

Vorliegend wurde das Verfahren durch die Hafen Halle GmbH als Vorhabensträger seinerzeit nicht durchgeführt.

Eisenbahnkreuzungen mit öffentlichen Straßen unterliegen der besonderen Kontrolle und Aufsicht der Kreuzungsbeteiligten.

Ein öffentlicher Bahnübergang kann daher nicht ohne weiteres geschlossen werden.

Soweit die Stadt selbst Vorhabensträger zur Änderung eines Bahnüberganges ist, wird das oben genannte Verfahren die frühzeitige Information und Verfahrensbeteiligung regelmäßig sicherstellen.

Ingrid Häußler
Oberbürgermeisterin

Herr Bönisch, Fraktion der CDU, äußerte sich erfreut über die schnelle Beantwortung.

Weitere Wortmeldungen gab es nicht.

Die Antwort der Verwaltung wurde mit Anmerkungen zur Kenntnis genommen.

zu 8.8 Anfrage der CDU-Fraktion zur Stadt-Umland-Problematik Vorlage: IV/2007/06237

Bezug nehmend auf den in der Mitteldeutschen Zeitung vom 10.01.2007 veröffentlichten Artikel „Häußler attackiert Kabinett“ zur Stadt-Umland-Problematik, fragt die CDU-Fraktion:

Welche finanziellen Erwartungen verbindet die Oberbürgermeisterin mit der Eingemeindung welcher Gemeinde?

Antwort der Verwaltung:

Die Auswirkungen von Eingemeindungen sollten nicht immer nur nach finanziellen Vor- und Nachteilen betrachtet werden, obwohl diese natürlich keine unbedeutende Rolle spielen.

Die Vorteile von Eingliederungen in die Stadt Halle werden im wesentlichen darin gesehen, dass die Planungs-, Trägerschafts- und Durchführungszuständigkeiten innerhalb eines Verwaltungsträgers vereinheitlicht werden, wodurch eine integrierte Konfliktlösung ermöglicht wird. Der Koordinationsaufwand bei der Lösung von Fachaufgaben, für die ansonsten Zweckverbände gebildet werden müssten oder gebildet worden sind, entfällt. Die Gesamtheit der Aufgaben kann mit einem einheitlichen Gestaltungswillen, einer einheitlichen Planung und einer einheitlichen Entscheidungsgewalt gelöst werden.

Z. B. betrifft dies die Bereitstellung von Gewerbeflächen für Neuansiedlungen. Um die wirtschaftliche Entwicklung der Kernstadt und Stadt-Umland-Region zu steuern (wie es der Landesgesetzgeber festschreibt) sind verfügbare Gewerbeflächen auch für mögliche Großinvestoren bereitzustellen. Dies ist der Stadt Halle allein auf dem Stadtgebiet nicht möglich. Es bedarf des Zusammenwirkens mit Umlandgemeinden, wie dies mit Gemeinden im östlichen Saalkreis praktiziert wurde - mit all den Erschwernissen, die eine solche interkommunale Zusammenarbeit (Gründung eines Planungsverbandes etc.) mit sich bringt.

Nach den Erfahrungen der Länder Sachsen und Thüringen, die ihren Großstädten per Gesetz umfangreiche Eingemeindungen ermöglichten, sind es ebenfalls nicht vordergründig finanzielle Erwägungen, die die durchgeführten Eingemeindungen als Gewinn für diese Städte ansehen lassen. Als positive Ergebnisse genannt werden vielmehr

- die Schaffung eines einheitlichen Planungs- und Verwaltungsraumes durch die Vergrößerung des Stadtgebietes von Städten wie Leipzig oder Erfurt, der Entscheidungen zur Stadtentwicklung erleichtert und Fehlentwicklungen im Umland begrenzt und
- das flexiblere Reagieren auf Ansiedlungswünsche von Unternehmen durch den nunmehr größeren Bestand an Gewerbegebieten in diesen Städten.

Finanzielle Vorteile wie kostengünstigere Verwaltungsstrukturen durch die Bündelung der vormals eigenständigen Gemeindeverwaltungen und insbesondere den Anstieg der Zuweisungen durch die Länder sowie die Erhöhung des Einkommenssteueraufkommens durch die Vergrößerung der Einwohnerzahl haben sich natürlich auch ergeben.

Erwartungen der Stadt Halle

Die Stadt Halle hatte und hat hohe Aufwendungen für Infrastrukturleistungen, von denen auch die Umlandgemeinden profitieren, sowie für Sozialleistungen. Als eine Folge von Eingemeindungen wird erwartet, dass sich die Steuerkraft der Stadt erhöht (z. B. Erhöhung der Einkommensteuer und Gewerbesteuer), so dass zusammen mit den erhöhten Zuweisungen des Landes sich diese Leistungen besser finanzieren lassen.

Größere positive Effekte in finanzieller Hinsicht sind durch Eingemeindungen aber eher mittel- bis langfristig zu erwarten, wenn z. B. die Möglichkeiten der neuen Planungshoheit greifen und Planungsprozesse dadurch insgesamt vereinfacht und beschleunigt werden. Dies trägt wesentlich dazu bei, die kreisfreie Stadt als Motor der regionalen Entwicklung zu stärken und ihre Leistungs- und Entwicklungsfähigkeit langfristig zu sichern.

Der Innenminister führt dazu in seinem Papier „Eckpunkte für die flächendeckende Bildung von Einheitsgemeinden in Sachsen-Anhalt“ aus:

„Die Verwaltungs- und Leistungskraft der Städte und Gemeinden in Sachsen-Anhalt ist durch die Neugliederung so zu stärken, dass diese dauerhaft in der Lage sind, die eigenen und übertragenen Aufgaben sachgerecht, effizient sowie in hoher Qualität zu erfüllen. Darüber hinaus ist die wirtschaftliche Nutzung der erforderlichen kommunalen Einrichtungen zu sichern.

Leistungsfähige Gemeinden haben ein höheres Entwicklungspotential und mehr Gewicht nach außen. Eine verbesserte Wettbewerbsposition und schnellere Entscheidungswege sind eine unabdingbare Voraussetzung für die wirtschaftliche Entwicklung und bieten eine bessere Grundlage für eine autonome Zukunft. Angesichts der schwindenden Ressourcen und des steigenden Drucks im europäischen Wettbewerb wird es immer schwieriger eine qualitative Aufgabenerfüllung zu leisten. Es geht also um einen wirkungsvolleren Einsatz der knapper werdenden personellen und finanziellen Ressourcen, um die optimale Nutzung und Auslastung der Infrastruktur sowie um ein professionelles Dienstleistungsangebot mit entsprechender Rechtssicherheit für die Bürger.“

Dr. Thomas Pohlack
Beigeordneter

Herr Bönisch, Fraktion der CDU, sagte, dass die Frage nicht beantwortet sei. Seine Fraktion habe ganz konkret nach finanziellen Resultaten und Konsequenzen aus der Eingemeindung gefragt. Er fragte, ob es inzwischen Erkenntnisse über die Haushaltslage der einzelnen Gemeinden gäbe. Nach Rücksprache mit dem Landrat äußerte dieser, dass er nie gefragt wurde. Man solle auf ihn zugehen und er würde die Stadt Halle gern unterstützen.

Frau Oberbürgermeisterin Häußler erläuterte, dass in der letzten Fraktionsvorsitzendenrunde darüber gesprochen wurde. Herr Gollnik habe ausgeführt, dass er sich bemüht habe, jemanden zu finden, der für die Stadt die Erhebung macht. Es gab aber keinen Gutachter, der die finanziellen Auswirkungen dieser Eingemeindungen der Stadt zuarbeitet bzw. begutachtet. Es bereite also Schwierigkeiten, ein solches Gutachten zu erstellen und aus diesem Grunde sehe sich die Stadt auch außerstande, diese Frage so zu beantworten. Allein mit dem Lesen des Haushaltes sei das nicht getan.

Herr Bönisch erwiderte, dass seine Fraktion die Frage gerne beantwortet hätte. Nämlich, was sind die voraussichtlichen Kosten, die mit der Übernahme einer Gemeinde entstehen. Es sind nur immer die Erwartungen geäußert worden. Wenn **Frau Häußler** aber feststellt, dass es nicht einfach sei, die Folgen abzuschätzen, dann muss gefragt werden, wieso dann so dezidiert die Eingemeindung gefordert werde. Es sollte schon gesagt werden, was es für die Stadt bedeutet, damit die schwelende Diskussion sachlicher geführt werden könne.

Herr Dr. Köck, Die Linkspartei. PDS, verwies **Herrn Bönisch** auf die vielen Gutachten der letzten 10 Jahre. Hier würden die Zahlen alle enthalten sein.

Weitere Wortmeldungen gab es nicht.

Die Antwort der Verwaltung wurde mit Anmerkungen und Nachfragen zur Kenntnis genommen.

**zu 8.9 Anfrage der CDU-Stadtratsfraktion bezüglich der Ausgaben im Haushalt 2006 durch kommunale Leistungsverpflichtung nach dem SGB II
Vorlage: IV/2007/06229**

Welche Ist-Kosten sind bei den folgenden Ausgabepositionen im Jahr 2006 zu verzeichnen:

1. Leistungsbeteiligung bei Leistungen für Unterkunft und Heizung nach § 22 Abs. 1 SGB II
2. Leistungsbeteiligung bei sonstigen Leistungen für Unterkunft und Heizung nach § 22 Abs. 3 SGB II
3. Leistungsbeteiligung bei Leistungen für Unterkunft und Heizung nach § 22 Abs.5 SGB II - Darlehensweise Übernahme Mietschulden
4. Leistungsbeteiligung bei Leistungen zur Eingliederung von Arbeitssuchenden nach § 16 Abs. 2 Satz 2 Nr. 1 bis 4 SGB II
5. Leistungsbeteiligung bei einmaligen Leistungen an Arbeitssuchende nach § 23 Abs. 3 SGB II

Antwort der Verwaltung:

- | | |
|---|------------------------|
| 1. Leistungsbeteiligung bei Leistungen für Unterkunft und Heizung nach § 22 Abs. 1 SGB II | 80.600.138 Euro |
| 2. Leistungsbeteiligung bei sonstigen Leistungen für Unterkunft und Heizung nach § 22 Abs. 3 SGB II | 82.850 Euro |
| 3. Leistungsbeteiligung bei Leistungen für Unterkunft und Heizung nach § 22 Abs. 5 SGB II – Darlehensweise Übernahme Mietschulden | 252.769 Euro |
| 4. Leistungsbeteiligung bei Leistungen zur Eingliederung von Arbeitssuchenden nach § 16 Abs. 2 Satz 2 Nr. 1 bis 4 SGB II | |
| Sucht- und Schuldnerberatung | 371.467 Euro |
| Kita | 575.700 Euro |
| 5. Leistungsbeteiligung bei einmaligen Leistungen an Arbeitssuchende nach § 23 Abs. 3 SGB II | 1.218.650 Euro |

Die dargestellten Ausgaben im Haushalt 2006 beziehen sich auf alle Zahlfälle im Laufe des Kalenderjahres – unabhängig vom Leistungszeitraum.
Hierbei kann es zu geringfügigen Abweichungen gegenüber anderen Statistiken kommen, die z.B. auf ein Leistungsjahr zu erstellen sind.

Szabados
Bürgermeisterin

Die Antwort der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

zu 8.10 Anfrage des Stadtrates Wolfgang Kupke - CDU - betreffend die Mitglieder von Fördervereinen
Vorlage: IV/2007/06230

Erhalten Mitglieder von Fördervereinen städtischer Kultureinrichtungen von diesen Einrichtungen Vergünstigungen? Wenn ja, welche ?

Antwort der Verwaltung:

Das **Thalia Theater** und die **Kulturinsel** gewähren keinerlei Vergünstigungen für die Mitglieder ihrer Fördervereine.

Die Mitglieder der Gesellschaft der Freunde des Opernhauses Halle e.V. erhalten freien Eintritt zu Eröffnungsmatineen in der **Oper**, aber keine weiteren Vergünstigungen.

Mitglieder der Freunde der Staatskapelle erhalten einen Rabatt von 10 % auf die Konzertkarten der **Staatskapelle**.

Die Mitglieder des Freundes- und Förderkreises des Händel-Hauses bekommen kostenfrei pro Jahr drei Hefte der „Hausmitteilungen“ sowie Einladungen und Informationen zum **Händel-Haus** und den **Händel-Festspielen** zugeschickt. Außerdem erhalten sie laut Stadtratsbeschluss eine Ermäßigung von 5,- € pro Eintrittskarte bei den Händel-Festspielen (keine Ermäßigung in der ersten Preiskategorie, bei Exkursionen, bei open-air-Veranstaltungen in der Galgenbergschlucht sowie an den Konzertkassen).

Das **Konservatorium „G. F. Händel“** gewährt den Mitgliedern seines Förderkreises keine Vergünstigungen.

Der **Stadtsingechor**, die **Konzerthalle Ulrichskirche** sowie das **Stadtarchiv** haben keine Förderkreise.

Das **Stadtmuseum** gewährt den Mitgliedern seines Fördervereins freien Eintritt. Die Angehörigen der Salzwirkerbrüderschaft erhalten kostenfreien Zugang zu den Ausstellungen im **Halloren- und Salinemuseum**.

Die Mitglieder der Freunde der **Stadtbibliothek** erhalten keinerlei Vergünstigungen.

Alle Mitglieder des Vereins der Freunde und Förderer des halleschen Bergzoos e.V. sowie des Jugendclubs Berglöwen bekommen jeweils eine Jahreseintrittskarte für den **Bergzoo**, leisten dafür aber auch ehrenamtliche Mitarbeit.

Dr. habil. Hans-Jochen Marquardt
Beigeordneter für Kultur und Bildung

Herr Dr. Marquardt, Beigeordneter für Kultur und Bildung, ergänzte den letzten Satz der Antwort. Die dort erwähnte Jahreseintrittskarte für den Zoo werde selbstverständlich nicht vom Bergzoo für den Verein der Freunde und Förderer des Zoos und auch nicht für die Jugendclub „Berglöwen“ finanziert, sondern vom Förderverein.

Weitere Wortmeldungen gab es nicht.

Die Antwort der Verwaltung wurde mit Ergänzungen zur Kenntnis genommen.

**zu 8.11 Anfrage des Stadtrates Wolfgang Kupke - CDU - zu Baumfällungen
Vorlage: IV/2007/06231**

Vor ca. zwei Jahren wurden in der Pappelallee alle Bäume ersatzlos gefällt. Ebenso sind im benachbarten Buchenweg sehr alte und gesunde Buchen entfernt worden, ohne dass eine Ersatzpflanzung erfolgte.

**Warum erfolgten diese Fällungen und warum sind keine Nachpflanzungen erfolgt?
Wann ist eine Nachpflanzung vorgesehen?**

Antwort der Verwaltung:

Die Fällungen in der Pappelallee und im Buchenweg mussten aus Gründen der Verkehrssicherungspflicht vorgenommen werden. Die Bäume waren aufgrund ihres Alters stark bruchgefährdet.

Für die Pappelallee gibt es eine Planung für den grundhaften Ausbau der Straße, die auch Neupflanzungen von Bäumen vorsieht. Dieser Straßenausbau wäre ausbaubeitragspflichtig. Wegen des Straßennamens ist vorgesehen auch wieder Pappeln zu pflanzen. Mit der Art *Populus tremula* „Erecta“ wurde eine geeignete neue Säulenform gefunden.

Im Moment besteht das Problem darin, dass infolge des vorhandenen Leitungsbestandes nicht wieder an die alten Stellen gepflanzt werden kann, der Neubau der Straße aber nicht absehbar ist.

Eine vorgezogene Pflanzung an die im Straßenprojekt vorgesehenen Standorte ist zum jetzigen Zeitpunkt fachlich und finanziell nicht zu vertreten. Dazu müsste der Straßenbelag aufgestemmt und in die Fahrbahn gepflanzt werden.

Aus diesem Grund können im Herbst diesen Jahres ausschließlich auf der kleinen Platzfläche im Bereich der Einmündung in die Merseburger Straße 10 neue Pappeln gepflanzt werden.

Im Buchenweg wurde lediglich ein Baum gefällt. Der Bestand der Altbäume ist noch so dominant, dass eine Neupflanzung ausgesetzt werden soll bis eine komplette Neupflanzung der Allee - dann mit einer einheitlichen kleineren Art - sinnvoll ist.

Dr. Thomas Pohlack
Beigeordneter

Die Antwort der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

zu 9 mündliche Anfragen von Stadträten

Herr Bauersfeld, Fraktion der CDU, bezog sich auf den Haushalt 2007 und sagt, dass er heute in Form einer Diskette einen Haushaltsentwurf erhalten habe. Er fragte, weshalb dieser Haushaltsentwurf so spät eingebracht werde und wie die Haushaltskonsolidierung unter diesem Aspekt überhaupt zu schaffen sei.

Herr Geier, Beigeordneter Zentraler Service, stimmte **Herrn Bauersfeld** zu, dass die Einbringung eines Haushaltes früher erfolgen müsse. Nach der Gemeindeordnung wäre dies etwa Oktober/November gewesen. Für den Haushalt 2006 war die Problemlage, dass die Beschlussfassung sehr spät vorlag sowie die Beurteilung des Landesverwaltungsamtes. Parallel zu diesem schwierigen, komplexen und problematischen Zahlenwerk gab es noch die Abarbeitung der Altdefizite und der Haushaltskonsolidierung. Diese Punkte seien dann auf der Grundlage der Haushaltsgenehmigung vom Anfang Dezember 2006 neu umzusteuern und zu justieren gewesen. In der Fraktionsvorsitzendenrunde wurde im Januar gesagt, dass der Haushaltsentwurf zunächst in digitalisierter Form eingebracht werde, damit ein Gesamtüberblick entstehen könne, wie sich der Haushalt 2007 voraussichtlich zahlenmäßig darstellt und, wie vor allen Dingen die Zusammenhänge bei bestimmten Investitionen, die schon vorab diskutiert worden, sind. In der Fraktionsvorsitzendenrunde wurde dann auch ausdrücklich mitgeteilt, dass das Zahlenwerk und der Haushalt nicht vollständig und formgerecht vorgelegt werden können, weil durch die Auflage des Landesverwaltungsamtes die Nacharbeitung des Konsolidierungskonzeptes zu erfolgen habe, und weil aufgrund verschiedener Faktoren die Finanzplanung für die Jahre bis 2012 nicht abschließend durchgeführt werden könne. Deshalb wurde darauf verständigt, dass erst das Zahlenwerk unter den Fristen vorgelegt wird, die auch das Landesverwaltungsamt vorgibt, also bis 30.04.2007.

Herr Bauersfeld gab zu verstehen, dass aufgrund des verspäteten Abschlusses des Haushaltes 2006 diverse Zahlen noch nicht klar seien, dennoch sei aber ein Großteil des Werkes schon vorhanden. Durch die neuen Erkenntnisse werde sich wenig ändern.

Frau Oberbürgermeisterin Häußler verwies darauf, dass die Verwaltung darauf angewiesen sei, zu wissen, welche Einnahmen die Stadt im Jahre 2007 haben werde. Es gab von außen objektive Faktoren, die eine Rolle spielten. So wurde erst im Dezember 2006 im Land beschlossen, welche Zuweisungen die Stadt Halle erhält. Aufgrund der neuen Steuerschätzungen wurden die Zuweisungen ständig korrigiert und im Januar noch Korrekturen bei den Einnahmen vorgenommen. Diese Korrekturen waren wichtig, weil sie für die Stadt positiv waren.

Herr Bauersfeld fragte, was die Stadt Halle (Saale) im letzten Jahr unternommen habe, um das Projekt HERMES-Areal voranzubringen. Er bat um schriftliche Zuarbeit.

Herr Dr. Pohlack, Beigeordneter für Planen, Bauen und Straßenverkehr, antwortete, dass vor etwa einer Woche in der Zeitung gestanden habe, dass das Verwaltungsgericht Halle zugunsten der Intention der Stadt Halle entschieden habe. Das Urteil sei allerdings noch nicht rechtskräftig. Im Vorfeld zu dieser gerichtlichen Entscheidung habe es auf mehreren Ebenen und mit mehreren maßgeblichen Personen Versuche mit dem Bauministerium und dem Landesverwaltungsamt gegeben, eine außergerichtliche Einigung herbeizuführen. Diese Versuche sind noch vor der Gerichtsverhandlung gescheitert. Eine gerichtliche Austragung ist damit die logische Konsequenz.

Herr Misch, Fraktion der CDU, wies darauf hin, dass im Internet der Stadt Halle bei den Tarifen der Sondernutzung Leipziger Straße immer noch die Gebühren in DM ausgewiesen seien. Er fragte, ob dies ein Einzelfall sei und ob es in anderen Satzungen auch noch solche Ausweisungen gäbe. Er bat die Stadtverwaltung um kurzfristige Überprüfung.

Frau Oberbürgermeisterin Häußler sagte eine Überprüfung zu.

Frau Schlüter-Gerboth, Fraktion Die Linkspartei. PDS, fragte, wann die restlichen NPD-Plakate zur Bürgermeisterwahl aus dem Stadtbild entfernt werden. Hierzu gäbe es Fristen.

Frau Oberbürgermeisterin Häußler bestätigte dies und sagte, dass es klare Regelungen gäbe. Sie habe bereits Herrn Doege beauftragt, die Entfernung zu veranlassen.

Herr Doege, Beigeordneter für Ordnung, Sicherheit, Umwelt und Sport, sagte für den kommenden Tag eine Einsammelaktion der Unteren Verkehrsbehörde unter Begleitung des Ordnungsamtes, zu den Plakaten, die gemeldet wurden, zu.

Frau Oberbürgermeisterin Häußler bemerkte, dass auch Plakate von anderen Parteien bisher nicht entfernt wurden.

Frau Wolff, Fraktion NEUES FORUM + UNABHÄNGIGE, erläuterte, dass sich die Stadtverwaltung sich verpflichtet habe, vierteljährlich im Kulturausschuss und im Finanzausschuss über das Theater der Welt zu berichten. Bisher gab es nur eine kurze Information im Kulturausschuss. Sie fragte, ob der gefasste Beschluss im Stadtrat noch relevant sei. Die Stadt wurde verpflichtet, ihren Eigenanteil von 767 TEuro einzusetzen. Weiter fragte sie, wann im Amtsblatt veröffentlicht werde, dass die Bürgerbriefkästen für jeden öffentlichen Schriftverkehr genutzt werden können.

Herr Dr. Marquardt, Beigeordneter für Kultur und Bildung, antwortete zum Theater der Welt, dass kein bestimmter Rhythmus festgelegt wurde, sondern nur das Wort „regelmäßig“ im Beschluss stehe. Im Kulturausschuss gab es zu finanziellen Dingen eine Aussage. Der Stadtratsbeschluss bleibe aufrechterhalten und wird auch so, wie beschlossen, umgesetzt werden. So sind die 400 TEuro über Drittmittel einzuwerben. Den Differenzbetrag von 367 TEuro habe die Stadt aufzubringen. Allerdings sei es richtig, dass in der letzten Sitzung des Internationalen Theaterinstitutes darauf hingewiesen wurde, dass alles, was über die 400 TEuro eingeworben wird, dem Theater zusätzlich zur Verfügung gestellt werden muss.

Frau Oberbürgermeisterin Häußler sagte zur zweiten Frage von Frau Wolff, dass sie dies durch Herrn Dr. Furchert feststellen lassen und ihr per Mail die Antwort zusenden werde.

Frau Prof. Vent, Fraktion WIR. FÜR HALLE. – BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – MitBürger, fragte betreffend der Hochhäuser am Riebeckplatz nach den Zeitabläufen und der in Aussicht gestellten Konzeption. Es sei wichtig, zügig zu einer Entscheidung zu kommen.

Herr Dr. Pohlack antwortete, dass in der letzten HWG-Aufsichtsratssitzung der jetzige Stand des Konzeptes vorgestellt wurde. An dieser Sitzung habe Frau Prof. Vent nicht teilgenommen. Er verstehe unter einem Konzept, dass sich hinsichtlich der wirtschaftlichen Umsetzbarkeit der Erhaltung, in welcher Variante auch immer, verständigt werden müsse. Insofern ist ein in offiziellen Gremien diskussionsfähiges Konzept im Mai dieses Jahres denkbar. Die städtebauliche Vorstellung in unverbindlicher Skizzenform wurde in der HWG diskutiert. Diese könnten auch im Planungsausschuss diskutiert werden. Am Ende aber sollte eine Lösung angestrebt werden, die auch umsetzbar und wirtschaftlich vertretbar sei. Die benannten Investoren seien durchaus nicht die einzigen, die die Erhaltungsvariante ins Auge fassten und seien auch hinsichtlich der Umsetzbarkeit nicht nur positiv zu bewerten.

Frau Prof. Vent sagte, dass dem Ausschuss ganz zu Unrecht Investorenfeindlichkeit bei seinen Aktivitäten für historische Bauten vorgeworfen werde. Nun gäbe es einen Fall, wo zügig gehandelt werden müsse, und dann werde von der Vorlage eines Konzeptes erst im Mai geredet. Dies halte sie für inakzeptabel. Im nächsten Planungsausschuss sollten bereits Grundzüge dieser Skizze vorgestellt werden. Ihre Fraktion werde noch einmal einen Antrag zum zeitlichen Ablauf stellen.

Herr Dr. Pohlack bat Frau Prof. Vent anzuerkennen, dass es keinen Sinn habe, ein Konzept aufs Papier zu bringen, welches am Ende nicht umgesetzt werden könne. Er verwies auf eine bereits gegebene Zwischenantwort, dass diese beiden Verkaufsvarianten Nachteile haben, auch für den jetzigen Eigentümer.

Herr Godenrath, Fraktion der CDU, bezog sich auf eine Information der Geschäftsstelle des Stadtrates, dass der Haushaltsplanentwurf in digitaler Form zugesandt werde und dann, abgestuft nach Fraktionen, schriftliche Exemplare. Dies sei umgekehrt von den Fraktionen gefordert worden. Zusätzlich zu der schriftlichen sollte es auch eine digitale Form geben.

Herr Geier erwiderte, dass das Ganze dann ein Missverständnis war. Aber in der Fraktionsvorsitzendenrunde am 10.01.2007 wurde besprochen, dass der Stand des Zahlenwerkes digital versandt werden soll und gedruckte Exemplare je nach Fraktionsstärke. Wenn der ausdrückliche Wunsch bestehe, werde er jedem ein Exemplar zukommen zu lassen.

Herr Bartl, Vorsitzender des Stadtrates, gab bekannt, dass sich auf Folgendes geeinigt wurde. Die Verwaltung werde Listen herumgeben, in welche die Fraktionen noch die Anzahl der gewünschten Papierexemplare für die einzelnen Stadträte eintragen.

Frau Dr. Bergner, Fraktion der CDU, bezog sich auf ein Schreiben vom Christian-Wolff-Gymnasium, welches auch der Stadtverwaltung vorliegen müsse. Hier ginge es um die gewünschte Zusammenarbeit des Gymnasiums mit dem Passendorfer Schlösschen. Sie fragte, wie die Verwaltung damit umginge. Weiterhin fragte sie nach dem Stand der Nutzung des Passendorfer Schlösschens.

Frau Oberbürgermeisterin Häußler sagte eine schriftliche Information zu.

Herr Bönisch, Fraktion der CDU, informierte, dass in der Nacht die Ampeln in der Stadt Halle eingeschaltet seien. Er könne sich erinnern, dass früher nachts die Ampeln an unwichtigen Kreuzungen ausgeschaltet waren. Er fragte, wer so etwas entscheidet. Weiterhin fragte er, wie es mit der Beigeordnetenbesetzung weiter gehen soll, denn am 1. Mai gäbe es nicht nur eine neue Oberbürgermeisterin, sondern es fehlt auch eine bzw. ein Beigeordnete/r. Hierzu seinen Ausschreibungsfristen einzuhalten.

Frau Oberbürgermeisterin Häußler antwortete zur Ampelregelung, dass sie sich nicht erinnern könne, dass Ampeln in Halle nachts ausgeschaltet waren. Sie habe schon seinerzeit Herrn Heinrich den Vorschlag unterbreitet. Es sollten alle Ampeln ausgeschaltet werden, um festzustellen, welche Ampelschaltung in der Nacht notwendig sei. Auf dieses Wagnis habe sich die Verwaltung nicht eingelassen, da Unfälle hätten passieren können. Sie werde diese Frage mitnehmen, um im Planungsausschuss eine Antwort dazu geben zu können.

Zur Beigeordnetenbesetzung sagte sie, dass dies hier ein Sonderfall sei, da die neue Oberbürgermeisterin aus der Verwaltung komme. Deshalb könnte gesagt werden, dass es hier vielleicht schon konkrete Vorstellungen gibt. Normalerweise müsste gewartet werden, bis der neue Oberbürgermeister sein Amt antritt und was dieser für Vorstellungen hat. Es bleibe also Frau Szabados überlassen, ob sie vorher schon Überlegungen äußert und aus diesem Grund schon Prozesse eingeleitet werden können.

Herr Prof. Schuh, Fraktion NEUES FORUM + UNABHÄNGIGE, fügte hinzu, dass die neue Oberbürgermeisterin im Wahlkampf schon Überlegungen bekannt gegeben habe. Weiterhin sagte er, dass Mitglied des Stadtrates, die dieses Amt ehrenamtlich ausführen, verpflichtet seien, dieses Amt auch durchzuführen. Er wurde zu seiner Wahl darauf hingewiesen, dass er mit einem Ordnungsgeld belegt werden könne, wenn er das Ehrenamt nicht ausführe. Umgekehrt sei, dass die Arbeitgeber gewählte Stadträte freistellen müssen, wenn diese ein Ehrenamt übernehmen. Er habe hier im Stadtrat den Eindruck, dass bei einer Überlastung gleich der Antrag gestellt werde, auszuscheiden. Er fragte, ob hier mit dem Phänomen der Verpflichtung nicht zu leichtfertig umgegangen werde.

Herr Bartl, Vorsitzender des Stadtrates, antwortete, dass er nur die Gespräche zu führen habe, die damit enden, dass dem vorgegebenen Antrag stattgegeben werde. Er habe keine Gesetzesgrundlage, diese Gründe nicht zu akzeptieren.

Herr Prof. Schuh betonte, dass es kein Vorwurf war, sondern er habe hier nur eine Anfrage formuliert, wie mit der Angelegenheit besser umgegangen werden könne.

Herr Weihrich, Fraktion WIR. FÜR HALLE. – BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – MitBürger, sagte, dass ihm von den Sportvereinen zugetragen wurde, dass die Verwaltung 50 TEuro bei den Fördermitteln für die Sportvereine einsparen müsse. Er fragte, ob dies stimme und auf welcher Grundlage dies vollzogen werde.

Herr Doege informierte, dass die Verwaltung beschlossen habe, die Fragen der Sportfördermittel im Haushalt 2007 um 50 TEuro bei der Veranstaltungsförderung im Rahmen der Haushaltskonsolidierung zu kürzen. Das setze die Verwaltung in der Diskussion zu den entsprechenden Fördermitteln im Sportausschuss um.

Frau Wolff fragte wiederholt nach dem Stand der „Halleschen Tafel“. Bisher wurde sie immer vertröstet, dass es im Stadtrat eine mündliche Information geben wird.

Frau Oberbürgermeisterin Häußler antwortete, dass **Frau Bürgermeisterin Szabados** eine mündlich Auskunft geben wollte. Wenn **Frau Szabados** dann anwesend sei, werde sie dies tun.

Weitere Wortmeldungen gab es nicht.

zu 10 Mitteilungen

Frau Wolff, Fraktion NEUES FORUM + UNABHÄNGIGE, informierte in Bezug zu diversen Untersuchungen gegen den Verein Eine-Welt-Haus, dass zum Jahresende 2006 alles abgeschlossen worden sei. Offen sei nur noch die Verhandlungssache, wie die Rückzahlungsmodalitäten zwischen der Stadtverwaltung und dem Verein 2004 seien. Sie wies darauf hin, dass eine öffentliche Diskussion Ruf schädigend für den Verein sei.

zu 10.1 **Informationsvorlage zum Gestaltungsbeschluss IV/2006/05585 mit Änderungsantrag Vorlagen-Nr.: IV/2006/05784 Schnittstelle Riebeckplatz/Hauptbahnhof Umgestaltung des Teilbereiches Ernst-Kamieth-Platz / Busbahnhof Beauftragung der Planungsleistungen in zwei Leistungspaketen nach getrennten Leistungsbildern der HOAI Vorlage: IV/2006/06164**

Die Information wurde zur Kenntnis genommen.

zu 10.2 **Information des Projektsteuerers IPM an den Stadtrat der Stadt Halle (Saale) "36. Quartalsbericht Straßenbahnneubaustrecke Halle-Neustadt bis Riebeckplatz/ Hauptbahnhof Vorlage: IV/2006/06185**

Die Information wurde zur Kenntnis genommen.

zu 11 **Anträge auf Akteneinsicht**

Herr Bartl, Vorsitzender des Stadtrates, teilte mit, dass von der Fraktion NEUES FORUM + UNABHÄNGIGE ein *Antrag auf Akteneinsicht in die Unterlagen zur Übernahme des Sportgymnasiums aus der Landesträgerschaft in die Trägerschaft der Stadt Halle (Saale) zum 01.01.2007* gestellt wurde.

Er fuhr fort, dass der öffentliche Teil bis auf die **TOP 5.5 und 5.8** beendet sei.

Frau Oberbürgermeisterin Häußler unterbrach **Herr Bartl** mit einer Information, dass **Frau Bürgermeisterin Szabados** angerufen habe und sich verspäten werde. Diese bat darum, die beiden Beschlussvorlagen auch ohne sie zu behandeln.

Herr Bartl fragte die Stadträtinnen und Stadträte, ob die Punkte **5.5. und 5.8** nach der Pause und vor Beginn des nicht öffentlichen Teils der Sitzung behandelt werden sollen.

Herr Godenrath, Fraktion der CDU, verneinte dies, da der Eigenbetriebsleiter und seine Mitarbeiterin bereits anwesend seien und er nicht glaube, dass Frau Bürgermeisterin Szabados auskunftsfähiger sei als der Eigenbetriebsleiter.

Die **Mitglieder des Stadtrates** stimmten ohne förmliche Abstimmung mehrheitlich zu, die **TOP 5.5 und 5.8 jetzt zu behandeln**.

**zu 5.5 Jugendhilfeplanung gemäß § 80 SGB VIII - Teilplanung Bedarfs- und Entwicklungsplanung
Kindertagesbetreuung für den Zeitraum 01.01.2007 bis 31.12.2007
Vorlage: IV/2006/06131**

Frau Dr. Bergner, Fraktion der CDU, bat darum, dass Planungsänderungen zur Neuorientierung im Jugendhilfebereich auch im Bildungsausschuss diskutiert und vorgebracht werden sollten.

Weitere Wortmeldungen gab es nicht.

(Frau Stadträtin Schwabe und Herr Stadtrat Dr. Meerheim nahmen gemäß § 31 GO LSA nicht an der Beratung und Abstimmung teil.)

Abstimmungsergebnis: **mehrheitlich z u g e s t i m m t**

Beschluss:

- 1. Der Stadtrat stimmt dem Bedarfs - und Entwicklungsplan für den Zeitraum 01.01.2007 bis 31.12.2007 (Anlage 1) zu.**
 - 2. Für die im Bedarfs - und Entwicklungsplan ausgewiesenen Kindertageseinrichtungen ist die gesetzliche Finanzierung gemäß § 11 KiFöG im Haushalt 2007 sicherzustellen (Anlage 2).**
-

**zu 5.8 Wirtschaftsplan Eigenbetrieb Kindertagesstätten 2007
Vorlage: IV/2006/06176**

Wortmeldungen gab es nicht.

Abstimmungsergebnis: **mehrheitlich z u g e s t i m m t**

Beschluss:

Der Stadtrat stimmt dem Wirtschaftsplan für den Eigenbetrieb Kindertagesstätten in vorliegender Fassung zu.

Herr Bartl, Vorsitzender des Stadtrates gab bekannt, dass eine halbstündige

P A U S E

eingelegt werde und beendete die 29. öffentliche Tagung des Stadtrates.

Harald Bartl

Ingrid Häußler
Vorsitzender des Stadtrates

Oberbürgermeisterin

Kraft
Protokollführerin